Nr. 551. 36. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 9,— Mk., monatl. 3,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 5,25 Mk., für das übrige Ausland 10,25 Mk. bei täglich einmal. Zustellung 8,25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1,50 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 60 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 40 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 50 Pfg., jedes weitere Wort 30 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,50 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Dienstag, den 28. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Birkenfeld für Deutschland.

Bei der Wahl zur Landesversammlung von Birkenfeld erhielten die durch Wahlvorschlag vereinigten Parteien (Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Bauernbund, Mehrheitssozialisten) zusammen 13004 Stimmen. Die Liste der „Regierungspartei" (Lostrennungsgrüppchen) 1822 Stimmen, die Unabhängigen 47 (?!) Stimmen. Auf die vereinigten Parteien entfallen somit 23, auf die Regierungspartei nur 2 Sitze in der Landesvertretung, die „Republikanische Regierung" Zöllner hat somit eine vernichtende Niederlage erlitten.

Schweizer Wahlen.

(Lörracher Drahtbericht des „Vorwärts".)

Von den schweizerischen Nationalratswahlen sind noch wenig Ergebnisse bekannt. Basel wählte drei Sozialisten und vier Bürgerliche. Bis jetzt sind in acht Kantonen 12 Sozialisten gewählt. Von Zürich, Bern, Genf, Lausanne, der ganzen Ost- und Westschweiz ist der Wahlausfall noch unbekannt. Bei den Ständeratswahlen in Zürich und Basel sind die Sozialisten unterlegen.

Ein anderes Zabern.

(Eigener Drahtbericht von der Badischen Grenze.)

Die „Straßburger Neue Zeitung" meldet, daß bei der Verhaftung eines Zivilisten durch vier Soldaten eine Zusammenrottung entstand, wobei ein Zivilist durch Soldaten getötet wurde.

Das Mülhauser Gewerkschaftskartell fordert die sofortige Freilassung der verhafteten Kalibergleute und die Zurückziehung der Soldaten, die an Stelle der Streikenden im Gaswerk arbeiten. Andernfalls wird mit dem Generalstreik für Oberelsaß gedroht.

Der Generalsekretär der französischen Sozialdemokratie, Frossart, wurde bei dem Versuch, in einer Pariser bürgerlichen Wählerversammlung als Diskussionsredner aufzutreten, zu Boden geschlagen und so zugerichtet, daß er am weiteren Wahlkampf schwerlich noch teilnehmen kann.

In Marseille bekämpfte der Bürgermeister einen Antrag, eine Statue für Jaurès zu errichten, mit der Begründung, Jaurès sei während der Marokkokrisis als Anwalt Deutschlands aufgetreten. Die einzige Statue von Jaurès, die schon errichtet sei, stehe im bolschewistischen Rußland.

So sieht es in dem „revolutionären" Frankreich aus . . .

Ausnahmezustand.

Aus Kassel wird gedrahtet: Mit Wirkung vom 27. Oktober 12 Uhr mittags hat der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in den Bezirken Kreis Schleusing, Landkreis Ohrdruf, Stadt Zella, Mehlis den Ausnahmezustand verhängt. Grund: Waffendiebstähle, Gewalttätigkeiten und andere ungeführte ungesetzliche Handlungen. Truppen sind an Ort und Stelle eingetroffen.

Englisches Entgegenkommen.

Die englische Regierung hat durch ihre Waffenstillstandskommission mitteilen lassen, daß die Heimschaffung der in englischer Gewalt befindlichen deutschen Kriegsgefangenen in nächster Zeit restlos durchgeführt werde. Vor allem werde dem Wunsche der deutschen Regierung entsprechend die Entlassung der in den Abstimmungsgebieten beheimateten mit größmöglichster Beschleunigung betrieben.

Die baltische Sorge.

Zwischen dem General von Eberhard und der litauischen Regierung ist die Schaffung einer neutralen Zone längs der Bahn vereinbart worden, sodaß der Abtransport hoffentlich glatt vonstatten gehen wird. Von der „Eisernen Division" sollen sich 7000 Mann der Rückkehr angeschlossen haben; bei den anderen rechnet man auf Abbröckelung. Die „Baltische Landeswehr" meldet die Abwehr eines bolschewistischen Vorstoßes, dessen Wiederholung angekündigt wird. Zwischen der Beresina und der Dina wurden polnische Truppen durch bolschewistische Angriffe zum Rückzug gezwungen, an anderer Stelle wollen sie neben manchem Beute 1300 Gefangene gemacht haben. Der finnische Oberst Eltengreen hat mit Weißgardisten die russische Grenze überschritten, noch bevor die finnische Regierung über das Hilfegesuch des Generals Judenitsch Beschluß gefaßt hatte. Konsequenter Weise müßte jetzt die Entente das finnische Volk dafür bedrohen und bestrafen. . . . .

Die nach Königsberg verlegte deutsche Gesandtschaft für Oesterreich und Lettland soll aufgelöst werden. Nach einmonatiger Haft ist der deutsche Dampferheizer Lorenzen aus englisch-lettischer Internierung befreit worden. Er war als Kurier deutscher Behörden im Baltikum tätig, als er unter Spionagebeschuldigung verhaftet wurde. Die deutsche Regierung hat protestiert und Herausgabe der Kurierpost sowie Entschädigung Lorenzens verlangt.

Der „Secolo" behauptet, daß der Kriegsrat beim Obersten Rat ein Baltikum-Ultimatum an Deutschland mit 21tägiger Räumungsfrist beantrage.

In Berlin sind vier westrussische Werbeagenten verhaftet und der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Auch jener Moschell ist verhaftet, der seinerzeit dem Westrussen Biskupsky die Anleihefalle im Agitationsinteresse der U. S. P. gelegt hatte. Er soll ein bolschewistischer Agent sein.

Nach einer „Dena"-Meldung seien am 25. Oktober polnische Truppen in Thorn eingerückt, wo sie feierlich empfangen worden seien. Thorn solle die Hauptstadt der Wojwodschaft (Provinz) „Pomerellen" werden.

Die Bolschewisten melden eine ihnen günstige Bewegung unter den Kosaken im Ural und in Orenburg, die Ukrainer berichten von ständiger Ausbreitung des Bauernaufstandes im Rücken der Armee Denikins.

Belagerungszustand in Spanien.

Zu der angekündigten allgemeinen Arbeiteraussperrung in Spanien am 3. November meldet „Daily Expreß" aus Madrid, daß die Regierung die konstitutionellen Garantien für ganz Spanien aufgehoben hat.

Hugo Haase.

Haase hat die Operation verhältnismäßig gut überstanden. Der Zustand bleibt jedoch außerordentlich ernst in Anbetracht des Schwächezustandes. Die Entscheidung über die endgültige Rettung des Patienten ist erst im Laufe des Dienstag zu erwarten.

Der Bitterfelder Konflikt.

Die „Freiheit" berichtet, daß der Streik auf Grube Leopold, die Bitterfeld und Umgebung mit Kraft und Licht versorgt, dadurch entstanden ist, daß der Vorsitzende des Arbeiterrats des Werkes ohne ersichtlichen Grund entlassen worden ist. Nach Ausbruch des Streiks ist der Entlassene dann von Soldaten verhaftet worden. Nun droht eine Betriebsrätekonferenz von Mitteldeutschland, die in Halle stattfand, falls der Inhaftierte bis Mittwoch nicht aus der Haft entlassen und wieder eingestellt ist, die Anwendung aller Zwangsmittel an und spielt mit dem Gedanken eines allgemeinen Streiks der Braunkohlenarbeiter von ganz Mitteldeutschland.

Als der Streik auf Grube Leopold ausgebrochen war, war Bitterfeld sofort ohne Licht und Kraft. Daraufhin griff die „Technische Nothilfe" in der bei ihrem robusten Gewissen erklärlichen Manier diese Gelegenheit zu einem erneuten Angriff auf die „Technische Nothilfe" ausnützt, so unterstreicht sie damit nochmals, was schon alle Welt weiß — nämlich: Leben und Gesundheit der Bevölkerung sind ihr vollkommen Wurst, wenn nur die Aufregung gedeiht.

WTB. meldet: 27. Oktober. Auf der Grube Leopold bei Bitterfeld haben die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Die „Technische Nothilfe" hat daher ihre Mitglieder zurückgezogen. — Die Angestellten und Arbeiter der Kleinbahnen in der Altmark, deren Betrieb bisher von der Technischen Nothilfe aufrechterhalten wurde, haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die „Technische Nothilfe" hat daher ihre Mitglieder auch hier abberufen.

Die Kriegsschuld-Untersuchung.

Am 31. d. M. beginnt die Vernehmung Bethmann Hollwegs. Es wird gemeldet, daß Hindenburg zugegen sein werde, was auch Ludendorff zum Erscheinen veranlassen dürfte.

Die Geschäftsräume des Untersuchungsausschusses befinden sich von jetzt an: Unter den Linden 78, parterre links. Der Geschäftsführer, Amtsgerichtsrat Dr. Herz, wird wochentags von 3—4 Uhr nachmittags anwesend sein.

Der dritte und vierte Unterausschuß haben ihre Tätigkeit in der Weise geteilt, daß der vierte die Vorgänge in Belgien, der dritte die in den übrigen Ländern bearbeitet. Es hat sich herausgestellt, daß die militärischen und wirtschaftlichen Maßnahmen nicht zu trennen sind.

Hungersnot in Innsbruck. Von einem Privatkorrespondenten wird dem W. T. B. gedrahtet: Seit Montag, den 20. d. Mts., sind keine Brot- und Mehlrationen zur Verteilung gelangt, so daß die Bevölkerung unter großer Hungersnot leidet.

Die Entwaffnung Deutschlands.

In Nr. 512 des „Vorwärts" besprach ich die Haltung der französischen Sozialisten bei der Annahme des Antrages Lefèbre in der französischen Kammer, der die vollständige Entwaffnung Deutschlands durch ein Verbot zur Herstellung jeglichen Kriegsmaterials verlangt, und kritisierte insbesondere die kurzsichtige Politik der Gruppe Renaudel. In der Meinung, der Abrüstungsidee zu dienen, hätten die französischen Genossen lediglich die militaristischen Tendenzen ihrer Bourgeoisie unterstützt, aus deren Drachensaat, wenn sie je zur Reife gelangen sollte, neue internationale Konflikte notwendig entstehen müßten. Die Abrüstung hätte nur dann einen Sinn und Aussicht auf Verwirklichung, wenn sie auf voller Gegenseitigkeit beruhe und von allen Staaten gleichzeitig durchgeführt werde. In der uns von den Alliierten aufgezwungenen Form sei sie eine einseitige entwürdigende Wehrlosmachung Deutschlands, und die französischen Genossen sollten bedenken, daß derartige Bedingungen nur die einzige Wirkung haben könnten, in Deutschland einen gefährlichen Revanchegeist zu entflammen.

In der „Humanité" versucht F. Caussy nach einer ausführlichen Wiedergabe des Artikels die Haltung seiner französischen Freunde zu rechtfertigen. Er erinnert daran, daß die französischen Sozialisten den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund immer verlangt und ihren Standpunkt noch unlängst in einer Erklärung zum Ausdruck gebracht hätten, die Lafont am 2. Oktober in der Kammer verlesen habe. Wir nehmen diese erneute Willenskundgebung freudig entgegen, halten uns aber für um so mehr berechtigt, zu verlangen, daß die Worte der französischen Genossen mit ihren Handlungen im Einklang stehen und sie uns als ein gleichberechtigtes Glied unter den Kulturnationen betrachten und behandeln. Das eben hatten wir bei ihrer Zustimmung zum Antrag Lefèvre vermißt.

F. Caussy begründet ihre Haltung mit folgenden Argumenten:

„Hinsichtlich der vollständigen Entwaffnung Deutschlands durch das Verbot der Waffenfabrikation erinnern wir gleichfalls daran, daß sie nicht allein von den Sozialisten der Richtung Renaudel verlangt wurde, sondern viel lebhafter noch von den Kameraden von links als Vorspiel der allgemeinen Abrüstung. So „blind" wir gegen unseren eigenen Militarismus angeblich sind, wissen wir doch soviel, daß er seine Daseinsberechtigung von der Existenz des deutschen Militarismus herleitet, und wir haben aus den offenherzigen Plänen des Marschalls Foch gelernt, welches Interesse unsere Militärkaste an seiner Aufrechterhaltung hat. Sicherlich würden wir eine gleichzeitige Abrüstung vorgezogen haben, aber die erste Vorbedingung dafür wäre, daß sich alle Kriegführenden von einem neuen Geist erfüllt zeigten. Das ist mindestens nicht beim „Vorwärts" der Fall gewesen, der bis zur letzten Minute die Gewaltpolitik unterstützt hat. Seitdem ist es uns gleichgültig, auf welche Weise die Abrüstung beginnen wird. Wenn sie von seiten Deutschlands anfängt, ist das lediglich eine Folge der Umstände. Unsere Pflicht ist, sie nicht zu bedauern, sondern sie zu beschleunigen, um sie auf der anderen Seite fortzusetzen."

Die Berufung darauf, daß die Linke der französischen Sozialisten die Entwaffnung Deutschlands noch lebhafter verlange als die Rechte, ist für diese alles andere, denn eine Rechtfertigung. Die vollständige Entwaffnung setzt uns nicht nur der Gefahr aus, von unseren zahlreichen landgierigen östlichen Nachbarn, namentlich den Polen, vergewaltigt zu werden, sondern muß auch im Innern zu schweren Erschütterungen führen. Das gerade bezweckt die den Bolschewismus begünstigende Richtung Longuet. Sie will durch die Entwaffnung das jetzige demokratisch-sozialistische Regime stürzen und den Unabhängigen und Kommunisten helfen, zur Macht zu kommen. Diejenigen französischen Genossen aber, die die Diktatur einer Minderheit verabscheuen und mit uns der Ueberzeugung sind, daß der Sozialismus nur dann von Segen sein kann, wenn er von dem Mehrheitswillen des Volkes getragen wird, haben allen Anlaß, uns immerhin soviel Macht zu lassen, um die Demokratie gegen alle terroristischen Anschläge einer Minderheit, sei es von rechts oder links, erfolgreich zu schützen. Von Longuet können wir vorläufig kein Verständnis für unsere militärischen Bedürfnisse erwarten, weil er den Sturz der jetzigen deutschen Regierung anstrebt. Um so mehr aber bedauern wir die Haltung der französischen Rechten, die sich anscheinend in dieser Frage ihres Gegensatzes zur Linken und ihres gemeinsamen Interesses mit uns nicht bewußt ist. Sonst könnte sie keine Politik treiben, die die Zerstörung der ersten und einzigen demokratisch-sozialistischen Regierung der Welt aufs Spiel setzt.

Es ist sehr richtig, daß der Militarismus eines Landes seine Daseinsberechtigung von der Existenz des Militarismus bei seinem Nachbarn herleitet. Einen deutschen Militarismus, der für irgendein Volk der Welt eine Gefahr werden könnte, gibt es nicht mehr! Und gerade um das Wiedererwachen des deutschen Militarismus zu verhindern und der Abrüstung, die wir leidenschaftlich wünschen, zu

dienen, verlangen wir, daß in allen Staaten gleichzeitig abgerüstet werde. Nichts müßte den Frieden Europas mehr gefährden, als wenn man uns allein entwaffnen wollte, während unsere Nachbarn ringsum in Waffen starren.

Caussy meint zwar, auch er zöge eine gleichzeitige Abrüstung vor, aber wir ließen jenen „neuen Geist" vermissen, der dafür nötig wäre. Wir wissen sehr wohl, daß der Antrag Lefèvre ein bürgerliches, an die nationalistischen Instinkte appellierendes Wahlmanöver war, das die französischen Sozialisten durch ihre Zustimmung zu parieren gedachten. Aber ebensogut wissen wir, daß die Begründung ihres Verhaltens durch Caussy leider kein bloßes Manöver ist; sondern der Mentalität der französischen Genossen uns gegenüber entspricht, die noch immer nicht vermögen, vorurteilslos den Geboten politischer Klugheit zu folgen, sondern zu einem erheblichen Teil sich von den aus der Kriegszeit stammenden nationalistischen Gefühlen des Hasses und der Rachsucht bestimmen lassen, soweit nicht Mangel an Kenntnis des Geschehenen oder falsche Information ihr Urteil und ihre Entschließungen beeinflussen.

Welch eine Urteilslosigkeit — von Ueberhebung zu schweigen — liegt in dem Wort, daß der „Vorwärts" bis zum letzten Augenblick den Geist der Gewaltpolitik (la politique des expériences de force) unterstützt habe! Wir deutschen Mehrheitssozialisten haben nicht nötig, auch nur eine Handlung unserer Reichspolitik zu verleugnen oder zu bereuen. Aber was braucht sich ein französischer Journalist um die politischen Tatsachen zu kümmern oder sie zu eruieren, da es doch so bequem ist, die faustdicken Lügen unserer Unabhängigen, der letzten Erben deutscher Würdelosigkeit, nachzubeten! Als wir am 4. August 1914 die Kriegskredite bewilligten, taten wir nichts anderes, als was gleichzeitig mit uns die französischen Sozialisten taten. Wir traten selbstverständlich für die Verteidigung unseres Vaterlandes ein. Nachdem der Krieg ohne unseren Willen und entgegen unseren Friedensbemühungen zur Tatsache geworden war, befand sich jedes der kriegführenden Völker im primitiven Zustand der Notwehr.

Aber vom ersten Augenblick des Krieges an haben wir jede Eroberungsabsicht abgelehnt und einen ehrlichen Verständigungsfrieden erstrebt. Wir erinnern hier nur an die bezeichnende Aussage des ehemaligen deutschen Botschafters in Washington, Bernstorff, vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, daß allein die deutsche Sozialdemokratie eine konsequente Friedenspolitik getrieben habe.

Aber wenn die französischen Sozialisten hinsichtlich unserer Kriegspolitik auch vorläufig noch unbelehrbar sein mögen oder sich um Belehrung nicht intensiv genug kümmern, so müssen wir doch gegen die Unterstellung, daß das seit dem 9. November bestehende Regime jeden neuen Geist vermissen lasse, als übelwollende Verstocktheit auf das energischste protestieren! Der Geist der Gewaltpolitik ist heute einzig und allein bei jenen Mächten, die uns den Schandfrieden von Versailles aufgezwungen haben, insbesondere bei den Franzosen. Während wir in Deutschland jetzt nach denen suchen, die die Schuld an dem Ausbruch des Weltkrieges und seiner Verlängerung tragen, stellt man in Frankreich jene Leute an den Pranger, die für einen rechtzeitigen Frieden gewirkt haben!

Noch immer liegen auf französischer Seite jene Barrikaden der Vorurteilslosigkeit, der Verständnislosigkeit und des Mißverstehens, die die unseligen Jahre des Weltkrieges aufgetürmt haben. Und doch ist es eine Lebensfrage nicht nur für uns, sondern nicht minder auch für Frankreich, daß sie sobald wie möglich hinweggeräumt werden. Frankreich kann nicht leben, wenn wir ihm nicht an seinem Wiederaufbau helfen. Wir können ihm aber nur helfen, wenn man uns Raum zum Atmen läßt und die Alliierten uns die nötigen Kredite und Rohstoffe gewähren, damit wir arbeiten können. Selbst Clemenceau, der große Hasser, hat eingesehen, daß Deutschland und Frankreich heute mehr aufeinander angewiesen sind als je. Wollen die französischen Sozialisten ihrem erbitterten Gegner an politischer Einsicht nachstehen?

Bernhard Rausch.

Nutznießer der Revolution.

Von den Unabhängigen wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, die Mehrheitssozialdemokratie habe sich unbefugt in „ihre" Revolution hineingedrängt und sich frech zur Nutznießerin der unabhängigen Heldentaten aufgeworfen. Ein Blick auf die tatsächlichen Ereignisse des 9. und 10. November gibt aber ein ganz anderes Bild der Sache. Sehr wertvoll für die historische Beurteilung der Dinge sind die Aufzeichnungen des Genossen Heller, die dieser durch die „Soz. Korr." veröffentlicht. Heller, der als Beauftragter des S. P. D.-Arbeiterrats an den entscheidenden Verhandlungen des 9. und 10. November persönlich teilgenommen hat, kann als unbedingt zuverlässiger Zeuge und Beobachter angesprochen werden.

Hellers Darstellung bestätigt zunächst die bekannte Tatsache, daß die unabhängigen Führer am 9. überall entweder zu spät kamen oder gar nicht aufzufinden waren, daß ihre zentrale Körperschaft nicht beschlußfähig war usw. So hatte am frühen Morgen des 9. November der mehrheitssozialistische Parteivorstand in Verbindung mit dem S. P. D.-Arbeiterrat beschlossen, sofort mit der Parteileitung der U. S. P. in Verbindung zu treten. Dies gelang indessen, wie Heller schreibt, bis 12 Uhr mittags nicht, weil die Parteileitung der U. S. P. nicht versammelt war! In der Reichskanzlei erschienen die Vertreter der Unabhängigen Dr. Cohn, Vogtherr und Dittmann erst, nachdem die Sozialdemokratie den Rücktritt der Regierung Max von Baden veranlaßt hatte. Es folgten dann die bekannten Verhandlungen über die Bildung einer gemeinschaftlichen Regierung, die zunächst erfolgversprechend schienen. Hellers Schilderung fährt fort:

> Die Unabhängigen entfernten sich dann, und wir gingen in den Reichstag, um der Fraktion Bericht zu erstatten. Ebert, Scheidemann und Landsberg wurden dazu bestimmt, in das Kabinett einzutreten. Aber vergeblich warteten Scheidemann, Heller und Brolat bis 6 Uhr auf die Wiederkehr der Unabhängigen. Dr. Breitscheid von der U. S. P., der die Verbindung zwischen uns und jenen herstellte, war auch ganz verzweifelt darüber, wie lange der Zentralvorstand der U. S. P. beriet. Erst nach 6 Uhr wurden wir vorgelassen.

Die neuen Verhandlungen blieben zunächst resultatlos. Die Unabhängigen, bei denen der linke Flügel den Ton angab, wollten „nur auf drei Tage" in die Regierung eintreten, außerdem forderten sie die volle Rätediktatur. So wurde es 8½ Uhr und die Mehrheitssozialisten zogen sich nach ergebnislosen Verhandlungen zurück. Den Umschwung am folgenden Tage schildert Genosse Heller wörtlich folgendermaßen:

> Am Sonntag, den 10., vormittags, wurde weiter verhandelt. Haase war erst am Sonnabend in später Abendstunde aus Kiel zurückgekommen. Wir stellten den Unabhängigen anheim, das Kabinett allein zu bilden und sie in jeder Beziehung loyal dabei zu unterstützen. Inzwischen waren die Waffenstillstandsbedingungen bekannt geworden. Darauf hin erklärten die Unabhängigen, die Situation sei jetzt zu schwierig geworden, als daß sie die Kabinettsbildung allein ausführen könnten. Sie verzichteten also auf einen erheblichen Teil ihrer früheren Forderungen, delegierten Haase, Dittmann und Barth in das Kabinett, das aus sechs gleichberechtigten Volkskommissaren bestehen sollte, während den Fachministern je zwei Beiräte aus den beiden sozialdemokratischen Parteien beizugeben wären. Eine Fristbestimmung war nicht mehr gestellt.

Hieraus geht unzweideutig hervor, daß die Unabhängigen, wenn sie nur wollten, das Kabinett allein hätten bilden können. Aber angesichts der furchtbaren außenpolitischen Lage fehlte ihnen der Mut dazu, sie scheuten die Verantwortung und waren es selber, welche die Mehrheitssozialisten händeringend baten, sie nicht allein zu lassen. Bloß um nicht allein die Regierung übernehmen zu müssen, ließen sie fast alle Forderungen fallen, an denen tags vorher die Regierungsbildung gescheitert war. So also sieht die „Nutznießerschaft" der Mehrheitssozialisten bei Tageslicht aus!

Unberechtigte Alarmierung der Reichswehr.

In Frankfurt a. M. fand am Donnerstag eine Versammlung der Demokratischen Partei im Volksbildungsheim statt, in der es während des Vortrages des hessischen Ministers Dr. Strecker zu einem Zwischenfall kam. Als Dr. Strecker die Juden gegen den antisemitischen Vorwurf der Drückebergerei verteidigte, machte ein Offizierstellvertreter der Reichswehr, der mit mehreren Kameraden in Uniform erschienen war, antisemitische Zwischenrufe. Hierdurch entstand ein Tumult, der jedoch durch das Eingreifen anderer Versammlungsteilnehmer schnell geschlichtet wurde, ohne daß es zu Tätlichkeiten gekommen wäre.

Um so größer war das Erstaunen, als einige Zeit darauf, während die Versammlung in Ruhe tagte, plötzlich eine bewaffnete Abteilung der Reichswehr anrückte. Wie sich herausstellte, war diese von unbekannter Seite alarmiert worden unter der Behauptung, daß Angehörige der Reichswehr bedroht wären. Zufällig war der Polizeipräsident von Frankfurt in der Versammlung anwesend, nach kurzer Besprechung mit ihm rückte das Reichswehrkommando, das die Ausgänge des Saales besetzt hatte, wieder ab.

Naturgemäß hatte dies Vorkommnis einige Erregung hervorgerufen, die in Artikeln linksstehender Frankfurter Blätter lebhaft zum Ausdruck kam. Daraufhin erläßt der Kommandeur der Frankfurter Reichswehr, Rittmeister de Neufville, eine Erklärung, die angesichts der Umstände eigenartig berühren muß. Er gibt ihr die Ueberschrift „Ruhe!!" (die beiden Ausrufungszeichen rühren von Herrn de Neufville her), und diese Ueberschrift kennzeichnet den ganzen Ton der Erklärung. Obwohl feststeht, und auch von Herrn de Neufville nicht bestritten wird, daß die Vorgänge durch das provokatorische Auftreten der Reichswehrangehörigen in der Versammlung hervorgerufen worden sind, wendet sich seine Erklärung allein gegen die Presse, der er vorwirft, sie habe „in geradezu empöreder Weise pflichttreue und überzeugte deutsche Männer angegriffen und die lediglich ihre Pflicht tuende Truppe in den Schmutz gezogen". Hierzu bemerkt die „Frankfurter Zeitung" mit Recht, daß man es doch kaum als eine Pflichterfüllung bezeichnen kann, wenn ein Reichswehrangehöriger durch Zwischenrufe in den Verlauf einer politischen Verhandlung eingreift, obendrein durch Zwischenrufe, die in unverantwortlicher Weise die Ehre von Kameraden angreifen, die draußen im Felde ihre Pflicht getan haben.

In der Erklärung des Herrn Neufville wird ferner behauptet, die Reichswehrangehörigen hätten die Versammlung nur besucht, um sich ein Urteil über die Ziele der Deutschdemokratischen Partei zu bilden. „Sie hofften, für ihr freies deutsches Empfinden dort etwas zu finden und zu lernen", so sagt Herr de Neufville. Dazu stellt unser Frankfurter Parteiorgan fest, daß tatsächlich in der Reichswehrtruppe von Frankfurt ein vertriebener Elsässer namens Böhle eine rege antisemitische Hetzpropaganda treibt und täglich in der Kaserne mit Zustimmung der Vorgesetzten antisemitische Vorträge hält. Dieser antisemitische Hetzapostel hat auch die Leute veranlaßt, in die demokratische Versammlung zu gehen, natürlich nicht, um dort zu lernen, sondern um Klamauk zu machen.

Also Sachverhalt: Reichswehrangehörige stören eine Versammlung, dann rückt ohne Grund die Reichswehr an, und der Kommandant der Reichswehr rüffelt — die Presse, die hieran berechtigten Anstoß nimmt.

Der amerikanische Gewerkschaftskongreß. Der von Gompers angekündigte Kongreß der Trade Union wird am 13. Dezember in Washington stattfinden.

Die Volkshochschule Groß-Berlin.

Von Ludo M. Hartmann.

Vor mir liegen die Satzungen der Volkshochschule Groß-Berlin, als Ergebnis langwieriger Beratungen von Fachmännern und Interessenten, die sich seit der Revolution damit befaßt haben, eine Organisation für den Bildungsdrang und die Bildungsnotwendigkeiten der Massen zu schaffen. Man darf wohl behaupten, daß die Volkshochschule Groß-Berlin, wenn sie mit dem Geist erfüllt wird, aus dem heraus sie geboren ist, ein bedeutsamer Markstein auf dem Entwicklungswege der Volksbildung überhaupt sein wird.

Bisher war, was auf dem Gebiete des Volksbildungswesens in Berlin geleistet wurde, zersplittert, und man darf wohl sagen, daß in mancher Beziehung andere Städte, wie z. B. Wien, einen Vorsprung vor der deutschen Reichshauptstadt gewonnen hatten, jetzt ist diese bestrebt, sich an die Spitze zu stellen, und infolge der großen geistigen und materiellen Mittel, die ihr zur Verfügung stehen werden, muß sie in der Tat besonders leistungsfähig werden und wahrscheinlich innerhalb der unzähligen Volkshochschulen, die jetzt allüberall erstehen, eine ganz besondere Stellung einnehmen; muß sie doch auch eine Fünfmillionenstadt mit geistiger Nahrung versorgen und auf einem der wichtigsten Gebiete die demokratischen Grundsätze in die Praxis überführen. Sie will die Bevölkerung ertüchtigen. „Ihr Zweck ist Ausbildung des Denk- und Urteilsvermögens, Ordnung und Deutung und damit Fruchtbarmachung des Wissensstoffes". Sie lehnt es mit Recht ab, eine Fachschule zu sein, denn sie will nicht auf einzelne Berufe vorbereiten, sondern das Ganze im Menschen erfassen und dadurch, daß sie dem Erwachsenen erst ermöglicht, seine sämtlichen Erfahrungen geistig zu verarbeiten, den ganzen Menschen zum Nutzen des Individuums und der Gesellschaft leistungsfähig zu machen. Erst durch Erfüllung dieser Aufgabe kann ein Grundprinzip der Demokratie, die freie Auslese der Tüchtigen und damit die ökonomischste Nutzbarmachung der geistigen Kräfte im Interesse der Gesamtheit Wirklichkeit werden.

Zu diesem Zwecke sollen die Kommunen, die Arbeiter- und Bildungsorganisationen und die Hörerschaft selbst zusammenwirken; auf diese Weise wird dafür gesorgt, daß die wahren Bedürfnisse der Hörerschaft, soweit sie in klarer Weise zum Ausdruck kommen, berücksichtigt werden. Außerdem aber ist für eine Mitwirkung der Hochschulen durch die berufenen Vertreter der Wissenschaft gesorgt; denn der Schüler ahnt zwar in seinem dunklen Drange, was ihm nottut, aber eben weil er noch Schüler ist, ist es notwendig, daß seinen geistigen Bedürfnissen, um befriedigt zu werden, der rechte Weg durch die Wissenschaft gewiesen wird. Diese Wissenschaft muß aber echte Wissenschaft sein und sich von jedem Dilettantismus ferne halten. Die Popularisierung darf niemals Verflachung werden, sondern sie muß gerade das Wesentliche und Höchste in den klarsten Formen zusammenfassen; deshalb hat sich das Zusammenwirken von Hochschulen und Arbeitern, Lassalles Bund der Arbeiter und der Wissenschaft, der zuerst auf dem Kontinent in Anlehnung an englische Muster durch die volkstümlichen Universitätskurse in Wien in die Wirklichkeit übersetzt wurde, vortrefflich bewährt. Selbstverständlich muß — dies wird vorausgesetzt — zu diesem Zwecke die Hochschule sich der neuen Ziele bewußt werden, die ihr durch die Demokratie gesteckt werden, und muß auf der anderen Seite manches Mißtrauen beseitigt werden, das den Laien von dem Tempel der sogenannten „offiziellen" Wissenschaft ferne hielt. In Wirklichkeit gibt es natürlich keine „offizielle" Wissenschaft, denn was Wissenschaft ist, kann keinen offiziellen Stempel tragen, überhaupt keinen Stempel, auch keinen Parteistempel, denn die Wissenschaft hört auf, Wissenschaft zu sein, wenn sie etwas anderes ist als Wahrheitsuchen, unbekümmert um jede praktische Rücksicht; das Dogma aber ist die Erstarrung, also der Gegensatz von Wissenschaft. Die Wissenschaft ist in der Tat voraussetzungslos in dem seinerzeit von Mommsen geprägten Sinne, daß jede Voraussetzung nur so lange gilt, als sie mit den Tatsachen in Uebereinstimmung steht. Der Fortschritt des menschlichen Geistes besteht eben darin, daß er immer mehr imstande ist, sich den Tatsachen anzupassen, statt, wie es der Wilde gewohnt ist, die Tatsachen seinen eingewurzelten Vorstellungen anzupassen.

In diesem Sinne kann die Volkshochschule der größte Hebel zur geistigen Befreiung werden, gerade auch deshalb, weil sie es mit Erwachsenen zu tun hat, die schon in ungleich höherem Maße als die Kinder aus dem Leben und der Gesellschaft heraus Erfahrungen gesammelt haben, die sie selbständig verwerten sollen.

Deshalb ist auch die Aufgabe dieser Männerlehre in einem gewissen Sinne noch schwieriger als die der Pädagogik. Noch in höherem Maße als in den Schulen muß getrachtet werden, den Hörer zur selbständigen Mitarbeit heranzuziehen. Man kann ihn leiten, aber nicht führen und muß ihm die Auswahl zwischen verschiedenen Wegen offen lassen. Vielleicht kann auch hierfür das Wiener „Volksheim" als Beispiel herangezogen werden, wo im chemischen Laboratorium und im physikalischen sowie im experimentell-psychologischen Kabinett die Hörer selbst arbeiten, ebenso wie sie unter Leitung des Lehrers in der historischen und in der philosophischen Fachgruppe selbst die Quellen lesen, vergleichen und diskutieren, während wieder andere botanische oder geologische Exkursionen unternehmen und, was sie bei dieser Gelegenheit gesammelt haben, im naturhistorischen Kabinett bestimmen und präparieren. So werden sie unmittelbar an das Urmaterial der Wissenschaft, an die unmittelbare Erfahrung herangebracht. Aber es ist auch nicht unwesentlich, daß die verschiedenen Arbeitsmöglichkeiten unter demselben Dache vereint werden, denn so ergänzt eine Arbeitsgruppe die andere, und einer wird vom anderen angeregt und kann in die Nachbarwissenschaft hinüberblicken und seinen Gesichtskreis immer mehr erweitern, sich seinen Lehrplan nach Anlage und eigenen Fortschritten selbst ausfindig machen. So wird es wohl in Berlin dahin kommen müssen, daß in den einzelnen Kommunen Volksheime entstehen, deren Betrieb ein Abbild der Universität sein wird, jedoch keine Kopie, sondern eine Anpassung an die neuen Bedürfnisse des neuen Lebens und eine Ergänzung des bisherigen Lehrbetriebes, der ein aristokratischer gewesen ist, wie der Staat selbst es war, und ein demokratischer werden muß, wie der Staat, an dem heute gebaut wird.

Neue Filme. In einer Sondervorführung wurde eine Verfilmung von Fritz Reuters „Ut mine Stromtid" gezeigt. Der Versuch, aus dieser behaglichen, in epischer Breite erzählten Geschichte eine Filmhandlung herauszuziehen, mußte mißlingen. Der Unterton von menschlichen Mühen und Sorgen, der Reuters Buch lesenswert macht, ist ganz verschwunden, und es bleibt ein Aneinanderreihen von komischen und sentimentalen Episoden, die beide unangenehm süßlich wirken. Auch die schauspielerische Kraft versagte trotz der guten Besetzung, und die Darsteller wirken in ihren Zeitkostümen auf freiem Felde recht unglücklich.

In dem hübschen „Schauburg-Theater" (früher Hofjäger) wird ein soziales Zeitbild „Sünden der Eltern" gezeigt, das, abgesehen von der kinomäßigen stark aufgetragenen Schattierung von Gut und Böse, recht sauber gearbeitet ist. In den Hauptrollen eines haltlosen Mädchens aus dem reichen Hause und eines aufstrebenden Arbeiters waren Violette Napierska und Bruno Decarli sehr gut. Besonders zu loben ist auch die saubere geschmackvolle Regie, die zusammen mit sehr klarer Photographie und schönen Dekorationen sehr gute Bilder schafft. mp.

Das Ende der Telegraphendrähte. Das dichte Drahtnetz, das unser Reich in allen seinen Teilen umspannt, werden unsere nächsten Generationen vermutlich nur mehr vom Hörensagen kennen, denn unter den verschiedenen Plänen, die gegenwärtig ausgearbeitet werden, um die Fortschritte der Wissenschaft dem praktischen Leben anzugliedern, befindet sich auch der durch die Reichspostleitung beabsichtigte Ausbau der drahtlosen Telegraphie. Nach einem Bericht in „Handel und Industrie" besteht die Absicht, die Funkentelegraphie zwischen Berlin und anderen größeren Städten einzurichten, wobei die großen Städte als Leitstellen gedacht sind, während diese Leitstellen wiederum mit Funkenstellen kleinerer Orte verbunden werden sollen. Für die von Berlin ausgehenden Funksprüche ist außerdem die Errichtung von Empfangsstellen beabsichtigt. Diese Einrichtung wird namentlich den Zeitungen gute Dienste leisten, da nun an Stelle der vielen Einzelmeldungen nur mehr eine einzige Nachricht ausgegeben wird, die dann im gleichen Wortlaut an allen Empfangsstellen entgegengenommen werden kann. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß die betreffenden Redaktionen auch mit den nötigen Empfangsapparaten ausgestattet werden.

Obgleich die Pläne für diese großzügige Entwicklung unseres Telegraphenverkehrs noch nicht ganz fertiggestellt sind, weil die technische Lösung der neuen Aufgabe noch verschiedene Schwierigkeiten bietet, ist die Aufnahme des funkentelegraphischen Verkehrs immerhin nur mehr eine Frage der Zeit und es wird daher vielleicht wirklich nicht mehr allzu lange dauern, bis eine Telegraphenstange zu den „historischen" Ueberbleibseln einer hinter uns liegenden Vergangenheit zählt.

Volksernährung und Reichswirtschaft.

Montagsitzung der Nationalversammlung.
Am Regierungstisch: Schmidt.

Das Reichswirtschaftsministerium.

Reichswirtschaftsminister Schmidt:

Es wäre falsch, die Lage allzu düster zu schildern. Die Bevölkerung wird jetzt ein besseres Brot geboten und der Landwirtschaft ein vermehrter Kleiezuschuß. Die Einfuhr von amerikanischem Mehl und Getreide ist erheblich. Große Mengen von Schweinefleisch und Speck sind eingeführt worden, ebenso gefrorenes Fleisch und Konserven. Dadurch konnten wir unser heimisches Vieh schonen. Die Ergebnisse der letzten Viehzählung unterstützen den Einwand der Landwirtschaft, die erklärt, daß sie nicht mehr liefern könne. Seit dem vorigen Jahre haben sich die Rindviehbestände um 5,5 Proz. vermindert, gegenüber der Friedenszählung sogar um 12,4 Proz. Die Zahl der Milchkühe ist um 15,8 Proz. zurückgegangen. Noch schlimmer sieht es mit den Schweinen aus. Den geforderten energischen Zwangsmaßnahmen gegenüber habe ich auf dem Gebiet der Viehablieferung sehr große Bedenken. Wir müssen unsere Viehbestände schonen und versuchen, möglichst durch Einfuhr von ausländischem Fleisch Ersatz zu finden. Die Schweinehaltung muß begünstigt werden. Die gegenwärtige Lage der Kartoffelbewirtschaftung ist dieselbe wie im Vorjahre, teilweise wird sie sogar für schlechter gehalten. Die größte Sorge bereitet

der Mangel an Verkehrsmitteln.

Wir haben zurzeit nur eine Wagengestellung von 50 Proz. für den Kartoffelversand. Ich kann nichts tun, wenn die Wagengestellung nicht größer wird. (Hört, hört!) Die Kartoffeln aus Polen, durch die hauptsächlich Sachsen, Berlin und einige andere Großstädte versorgt werden sollen, kosten 16 M. Die Einfuhr von Oelsaaten hängt von der Zahlungsfähigkeit ab. Die Kohlenlieferung für die Margarinefabriken soll wieder erhöht werden, so daß die Produktion auf 150 Gramm pro Kopf und Woche gehalten werden kann.

Die Lebensmittelpreise

sind in den letzten Monaten alle wieder in die Höhe gegangen. Bis zu einer gewissen Grenze können wir gegen diese Preisbewegung nichts unternehmen. Auf das Ausland haben wir in der Preisbestimmung überhaupt keinen Einfluß. Wir sind nur bemüht, den wilden Wettbewerb auf dem Auslandsmarkt durch zentralen Einkauf von Lebensmitteln zu beseitigen. Die zur Preissenkung im Inland zur Verfügung gestellten **1½ Milliarden** sind schnell aufgebraucht worden. Der Speck z. B. kostete damals 14 M., heute 20 M. Die Preissenkung ist auf 6,80 M. durchgeführt worden. Das Speisefett kostete 11 M., heute 19 M., die Senkung ist auf 6 M. durchgeführt. Ausländisches Fleisch kostet 15 M., durch die Preissenkung 7,60 M. Bisher sind außerdem an Zuschüssen für Frühdruschprämien von Brotgetreide usw. 332 Millionen aufgewendet worden. Ferner sind jetzt zur Senkung der Brotpreise laufend 58 Millionen notwendig. Eine solche Preissenkung, besonders an inländischen Produkten, hat sowohl Frankreich als auch England vorgenommen.

Die Lage auf dem Weltmarkt

ist nicht ungünstig. Lebensmittel sind zu haben, nur unsere Zahlungsfähigkeit ist beschränkt. Der Gesamtbetrag der bisher von uns eingeführten Lebensmittel beläuft sich auf 705 134 Tonnen im Werte von **2153 Millionen**. Unsere Ernährung ist gegen früher erheblich besser geworden. Mit Getreide, Fleisch, Gemüse und Fischen sind wir auf lange Zeit hinaus versorgt. Die Versorgung mit Petroleum wird in geordnete Bahnen geleitet werden. Die Einfuhr im ersten Halbjahr 1919 beträgt ein Fünftel der Friedensquote. Wir müssen aber für sie einen Betrag zahlen, der wesentlich größer ist als der Friedenspreis der Gesamteinfuhr. Die Ausfuhr erreicht etwa ein Sechstel der Friedensquote. Hier nähert sich die Wertsumme ziemlich stark dem Friedenspreis.

Die Klagen, daß

zu billig nach dem Ausland

verkauft wird, treten immer mehr und mehr in die Erscheinung. Es muß erwogen werden, ob nicht einzelne Industrien dazu übergehen sollten, eine Preiskontrolle einzuführen. Die Strafen für Preistreibereien und Schiebungen sollen erhöht werden. Es ist auf die Dauer unhaltbar, daß wir die Zölle nicht in Gold erheben können. In der Braunkohlenproduktion haben wir nahezu die Friedensleistung erreicht. Für

die Entwicklung unserer Industrie

sind die Aussichten durchaus nicht trübe. Es muß aber jeder Versuch, die Bergwerksbetriebe lahmzulegen, unbedingt verhindert werden. Gegen jeden Streik politischer Natur wird die Regierung einschreiten. Unsere Kohlenförderung wird sicherlich steigen. Wir werden genötigt sein, in den kommenden Jahren

neue Kohlengebiete

zu erschließen. Aber wir werden in keinem absehbaren Zeitraum zu einer Förderung von 800 bis 850 Millionen Tonnen jährlich kommen, wie man in Frankreich annimmt. Wird uns die Kohle nicht in dem Ausmaße gelassen, wie es für die Entwicklung der Industrie erforderlich ist, so wird unsere Leistung Frankreich gegenüber in Frage gestellt, das Uebel wird für beide Teile schlimmer. Wer da glaubt, daß die Lasten des Krieges nur einem Volke auf die Schultern gelegt werden können, wird bald seinen Irrtum erkennen müssen. (Beifall.)

Abg. Hoch (Soz.):

Wir schließen uns der Mahnung des Ministers an, daß die Entente den Bogen nicht überspannen möge. Wir wenden uns aber auch mahnend an die Kreise, die die Ausbeutung des gesamten Volkes durch einen kleinen Kreis einflußreicher Leute wiederherstellen wollen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Aufhebung der Einschränkungen des Wirtschaftslebens schwere Mißstände mit sich bringt. Schon bisher ist eine

Preissteigerung

eingetreten, die, wenn es so weitergeht, uns zum vollständigen Zusammenbruch führt und die allerschwersten Unruhen zur Folge haben muß. (Sehr richtig! links.) Die Lohnforderungen der Arbeiter sind nur die notwendige Folge der Preissteigerungen. Wenn wir jetzt die **Zwangswirtschaft aufheben**, so bekommen wir eine solche Erschütterung des Wirtschaftslebens, daß die Valuta weiter sinkt, und dann haben wir dasselbe Spiel von neuem. Keiner von uns sieht in der Zwangswirtschaft das Ideal, aber wir können sie auf den wichtigsten Gebieten des Wirtschaftslebens nicht entbehren. Die Aufrechterhaltung einer unmöglichen Zwangswirtschaft führt allerdings zu einer

unerträglichen Korruption,

wo sie aber zur Erhaltung unseres Volkes notwendig ist, muß sie durchgeführt werden. Im übrigen sollten wir Erleichterungen aller Art schaffen. Darum begrüße ich die Ankündigung des Ministers, daß er die Einfuhr von Rohstoffen für die Industrie im allgemeinen **freizugeben** gedenkt. Die Herstellung von **Luxusartikeln** muß natürlich mit allen Mitteln **verhindert** werden. Der

Zug unbeschränkter Selbstsucht

ging schon vor der Revolution durch unsere Zeit, er ist durch den Zusammenbruch noch stärker geworden; der einzige Ausweg ist der **Sozialismus**, alle Kräfte müssen in den Dienst der Gesamtheit gestellt werden. Dabei müssen die weitesten Kreise des arbeitenden Volkes der Regierung helfen. In einem demokratischen Gemeinwesen soll das arbeitende Volk nur demokratische Mittel anwenden, und nur wenn diese versagen, dann bleibt als letztes Mittel der Streik. **Es ist unerträglich**, daß irgend eine Arbeitergruppe den Streik anwendet, nur weil sie die Machtmittel in der Hand hat. Das ist ein Verbrechen gegenüber der Gesamtheit. (Lebh. Beifall.) Die Eisenbahn gehört z. B. nicht den Eisenbahnern, sondern dem ganzen Volk. **Die wilden Streiks haben jenen Kreisen geholfen, die die Bauern planmäßig bearbeitet haben, die Lebensmittel zurückzuhalten.** An dieser Agitation haben sich leider auch Herren beteiligt, die ihre Unwahrhaftigkeit kennen mußten, weil sie selbst an Regierungsstelle gestanden haben. Der Redner verliest einen Artikel von Brauns, der ehemals an der Spitze des Ernährungswesens gestanden hat, im „Tag". Und die Herren, die solche Agitation treiben, stehen nicht unter dem Eindruck des Hungers und des Elends, wie die Arbeiter. Dem Wucher- und Schieberwesen soll die Regierung mit allem Nachdruck entgegentreten. Dabei muß ihr die arbeitende Bevölkerung helfen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Brauns (Z.): Die Forderung der schrankenlosen freien Wirtschaft halten wir für undurchführbar. Wir müssen mit den Preisen zwar nicht auf die Höhe der Weltmarktspreise hinaufgehen, wohl aber nach und nach die Inlandspreise steigern, um unsere eigene Wirtschaft zu befruchten und die Waren im Inland festzuhalten. Unsere Eisenbahnwerkstätten versagen. Mehr Dampf hinter den Abbau der Kriegsgesellschaften ist nötig.

Abg. Hermann-Reutlingen (Dem.): Ohne amerikanischen Kredit durch eine Valutaanleihe können Rohstoffe auf die Dauer nicht eingeführt werden. Eine internationale Valutakonferenz ist notwendig.

Abg. Dr. Roesicke (Dnat. Vp.): Die Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens ist nur möglich bei einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Daher darf man die Landwirte nicht verärgern. Dies geschieht aber durch Maßnahmen wie die Verordnung des preußischen Landwirtschaftsministers Braun über die Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten.

Weiterberatung Dienstag 1 Uhr.

Schluß 6¾ Uhr.

Groß-Berlin

Aus dem Reiche der „freien Liebestätigkeit".

In der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung wurde bei einem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der den Einfluß der Stadt auf die von ihr unterstützten Wohlfahrtsvereine und Wohlfahrtseinrichtungen stärken will, vom Genossen Freier in eine Anstalt der „freien Liebestätigkeit" hineingeleuchtet. Unsere Leser wissen, daß es sich um das Stift „Zionshilfe" (Rudensstraße) handelt, in dem auch Kostpflegekinder der Stadt Schöneberg untergebracht sind. Wir kommen auf den sehr lehrreichen Fall zurück, weil die von dem sozialdemokratischen Redner zur Sprache gebrachten Mängel eine ausführlichere Wiedergabe verdienen, als unser kurzer Bericht sie bieten konnte.

Infolge der Beschwerde eines Mannes, der Kinder in „Zionshilfe" hatte, trat aus Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats ein Untersuchungsausschuß zusammen, der feststellte, daß dort in der Tat arge Zustände herrschen. Als der Ausschuß am 2. September seinen Besuch machte, war Aufsichts- und Pflegepersonal in der Anstalt nicht anwesend, obwohl nur ein kleiner Teil der 82 Kinder zur Schule gegangen war und der größere Teil sich in der Anstalt aufhielt. Zu einem Saal, in dem ein anscheinend mit Krätze behaftetes 11jähriges Kind lag, hatten andere Kinder ungehinderten Zutritt. Dieses Kind wurde übrigens nach einigen Tagen wieder unter die anderen gereiht, ohne daß es, wie die Oberin bei einem späteren Verhör zugab, von einem Arzt untersucht worden war. Die Oberin hat keine regelrechte Berufsvorbildung genossen, ebenso wenig die Anfangs September in der Anstalt beschäftigten 3 Pflegerinnen, die mit 25 M. Lohn eingestellt worden waren und zurzeit 45 Mark Lohn erhielten. Schlimme Dinge wurden hinsichtlich der Beköstigung festgestellt. Auf einem Teller fand man in der von einem Kind verschmähten Morgensuppe eine Menge Mäuseschmutz, und größere Kinder erklärten auf Befragen, daß sie die Morgensuppe nicht essen, weil sie immer viel Mäuseschmutz enthält. Die Fenster der Speisenkammer waren, wie später eine Pflegerin und die Köchin und bei ihrer Vernehmung auch die Oberin zugab, seit Monaten nicht geöffnet worden. Die Luft des Raumes war sehr schlecht und dumpfig; wegen der Rattenplage habe man, sagte die Oberin, die Fenster nicht geöffnet. Das Personal bestätigte die Angabe der Kinder, daß sie niemals Butter oder Zucker erhalten hätten; auch zu den Speisen sei kein Zucker getan worden. Ein großer Teil der Lebensmittelkarten sei für die Kinder gar nicht verwendet worden. Die Oberin gab zu, etwa ein Jahr hindurch an ein Kuratoriumsmitglied, einen Geheimen Rechnungsrat, Butter geliefert zu haben — in kleineren Mengen, behauptete sie. Sie selbst und die Pflegerinnen hätten von Zucker und Butter größere Mengen verbraucht, als ihnen nach den Karten zustehen, so daß sie von den Rationen der Kinder mitverbraucht hätten. **Schokolade und Kekse, die auf besondere Karten geliefert wurden, habe sie niemals für die Kinder, sondern immer für sich — aus eigenen Mitteln — erworben,** und die Kinder hätten dann auch nichts davon erhalten. Gebadet wurden die Kinder in Abständen von mehreren Wochen, und zwar mußten die Pflegerinnen, weil die Leitungen zu den Badewannen beschädigt waren, Wasser hineintragen, in dem dann die Kinder gewaschen wurden. Die Pflegerinnen bekundeten, daß für je 15 am ganzen Körper zu

---

Montrose.

7] Detektivroman von Sven Elvestad.
Uebersetzung von Julia Koppel.

Charlie antwortete nicht. Singer aber beugte sich herab und nahm die Scheine auf.

„Es ist mein Geld," wiederholte der Arbeiter.

Das Kind, das im Nebenzimmer allein gelassen war, fing jetzt an zu weinen. Frau Singer erhob sich, ging hinein, und kam mit der Kleinen auf dem Arm zurück.

„Sie sind nicht gefragt worden," begann Keller wieder, „im übrigen — rufen Sie das Kindermädchen, damit das Kind hinauskommen kann, dies hier ist keine Kindervorstellung. Die Mutter aber muß hierbleiben und alle Erwachsenen können es sich schenken, Türen und Fenster in ihre Betrachtungen einzuziehen."

„Wir haben kein Kindermädchen," antwortete die junge Frau, „wir sind nicht reich."

„An Kleingeld scheint es hier im Hause nicht zu fehlen," sagte Keller ironisch. „Soweit ich von hier sehen kann, schätze ich das Geld in der Hand Ihres Mannes auf tausend Kronen, das ist immerhin eine ganz hübsche Summe." Und indem er sich an Charlie wandte:

„Was wissen Sie von diesem Geld?" fragte er barsch. Und als Singer dieser Antwort zuvorkommen wollte, schrie er ihn an:

„Halten Sie den Mund, Mensch. Sie sind ja dumm. Wenn Sie ihn daran hindern, eine Erklärung zu geben, verschlimmern Sie Ihre Sache nur."

„Halten Sie den Mund", murmelte Singer, als ob diese Anrede ihn in Erstaunen setze. Krag betrachtete ihn die ganze Zeit unverwandt. Dieser Arbeiter hatte gleichzeitig etwas Hilfloses und Eigensinniges an sich. Krag dachte bei sich, daß gerade so ein kluger Mann auftreten würde, der in einer außerordentlich schweren Lage ertappt worden ist und Zeit gewinnen will, um einen Ausweg zu finden. Aber auch etwas anderes hatte dieser Mann an sich, etwas, was Krag unsicher machte, es war ein Ausdruck von Erstaunen in seinen Augen, als beobachtete er ein Schauspiel, das ihn selbst nichts anging.

Charlie antwortete:

„Ich hab' das Geld von dem da bekommen."

Krag beobachtete alles bis auf die kleinsten Einzelheiten. „Der da," sagte Charlie mit einem Ton von Verachtung und meinte seinen Schwager. Charlie war ja ein notorischer Verbrecher, dennoch schien es, als ob er der Ansicht sei, daß er moralisch über dem anderen stehe.

„Wann haben Sie das Geld bekommen?" fragte Keller.

„Heute nacht, ich glaube, es war zwischen zwei und drei Uhr."

„Und Sie bekamen das Geld von Ihrem Schwager, als er von seinem nächtlichen Spaziergang zurückkehrte?"

„Ja."

„War er vielleicht ausgegangen, um das Geld herbeizuschaffen?"

„Ja."

„Eilte es?"

„Ja, denn ich sollte heute morgen um neun Uhr mit dem Dampfer nach Südamerika abreisen. Sie können ja sehen, da steht mein Koffer."

„Wann sind Sie aus dem Gefängnis entlassen?"

„Gestern nachmittag."

„Hm, ich fange an zu verstehen," sagte Keller. „Man hat Ihnen wohl drüben einen Platz angeboten und Sie wollten so schnell wie möglich fort, weil Sie sich nach dem Skandal mit dem Billett ungern zwischen alten Bekannten zeigen wollten. Ich sehe Sie nicken, es stimmt also. Und darum kamen Sie zu Ihrer Schwester, damit sie Ihnen helfen sollte. Wann?"

„Gestern abend um acht Uhr. Aber der da kam erst um zwölf Uhr nach Hause. Ich werde dir das Geld verschaffen, sagte er, und ging wieder fort."

„Wo haben Sie das Geld geholt?" fragte Keller und näherte sich dem Arbeiter.

„Bei einem Freund," antwortete Singer, „bei einem sehr guten Freund."

(Das ist dumm, dachte Krag, solchen verbrauchten Ausweg hätte ich einem Mann, der so hell aussieht, nicht zugetraut.)

„Wie heißt dieser Freund und wo wohnt er?"

„Das kann ich Ihnen nicht sagen," antwortete Singer, „er möchte nicht genannt sein."

Krag dachte bei sich: Er sagt es jedenfalls gut, er trägt seinen Unsinn auf eine recht glaubwürdige Weise vor, vielleicht meint er, daß er uns täuschen kann, wenn er Dummheit simuliert. Ich nehme an, daß er folgenden Ausweg ergriffen hat: er will uns einbilden, daß er ungewöhnlich einfältig ist. Ein Schaf aber hat keine solchen Augen, er gehört der höheren Tierwelt an.)

Keller lachte laut.

„Das sind Schulausreden", sagte er. „Lieber Charlie," fuhr er fort, „Ihr Benehmen deutet an, daß Sie bereits vorher Mißtrauen hegten. Das Gefängnis scheint einen guten Einfluß auf Sie gehabt zu haben, immerhin scheint es Sie nicht zu verlangen, dorthin zurückzukehren."

„Ich will nicht wieder in solche Sachen verwickelt werden," antwortete Charlie mürrisch, „ich hab das Geld zurückgegeben und habe nichts mehr damit zu tun."

„Daran tun Sie recht, mein Lieber," antwortete Keller und klopfte dem jungen Mann ermunternd die Schulter. „Diesmal hätten Sie leicht in eine verfluchte Geschichte verwickelt werden können. Ich kann Ihnen erzählen, daß das Geld heute nacht bei Abbé Montrose gestohlen worden ist."

„Abbé Montrose?" sagte Singer halb für sich. „Wirklich?"

„Kennen Sie ihn vielleicht?" fragte Keller.

„Ja", antwortete Singer.

„Haben Sie bei ihm gearbeitet?"

„Ja, in seinem Garten."

„Sind Sie Gartenarbeiter?"

„Ja."

(Krag dachte: Jetzt antwortet er nicht planlos. Er geht bewußt ins Netz. Wenn man hart bedrängt wird, ist es klüger, ins Netz zu gehen, als sich demselben zu entziehen. Er scheint aber einen Ausweg zu haben. Ich glaube bestimmt, daß er einen gefunden hat.)

„Wann haben Sie zuletzt in seinem Garten gearbeitet?" fragte Keller weiter.

„Gestern. Dort habe ich wahrscheinlich auch die Photographie verloren, als ich die Beete jätete."

„Und Sie meinen, daß der Abbé es dort gefunden und mit in sein Zimmer genommen hat?"

„Ja."

Keller lachte laut.

„Haben Sie gehört, Krag," sagte er, „das ist doch wirklich kindlich. Die ganze Sache scheint mir sonnenklar. Was meinen Sie?"

„Fast zu klar," antwortete Krag.

(Forts. folgt.)

reinigende Kinder etwa drei Eimer Wasser ausreichen müßten, und die Oberin gab das zu. Ebenso dürftig, wie die Körperpflege ist die Pflege des Gemütes und die Förderung des Schönheitssinnes der Kinder. Spielsachen fand der Ausschuß nicht vor, auch waren die Räume nicht mit verschönendem Schmuck ausgestattet. Die Kinder sahen niedergedrückt aus und hatten lediglich Beschwerden vorzubringen.

So sind Kinder der Unbemittelten in dem Stift „Zionshilfe" untergebracht! Ist es da nicht dringend notwendig, daß die Stadt einen maßgebenden Einfluß auf die Leitung der von ihr mit Geld unterstützten Anstalt erhält? Dem Kuratorium dürfen satzungsgemäß nur „evangelische Christen" angehören (das nennt man also dort christliche Nächstenliebe! D. R.), womit weite Kreise der Bevölkerung und auch viele Stadtverordnete von vornherein ausgeschlossen sind. Um in diese Anstalt einen freieren Geist hineinzubringen und in ihr die pflegerischen und erziehlichen Leistungen zu bessern, wird es wohl das Richtigste sein, daß die Stadt sie übernimmt. Das Unzulängliche der vielgerühmten „freien Liebestätigkeit" wird durch das evangelisch-christliche Stift „Zionshilfe" eindringlich vor Augen geführt.

Wehe, wenn sie losgelassen.

Uns wird geschrieben: Ueber die letzte Rüpelei der Unabhängigen in der Lichtenberger Stadtverordnetenversammlung am letzten Donnerstag ist die „Freiheit" mit keinem Wort eingegangen. Nach der Magistratsvorlage sollten den Volkskommissaren keine weiteren Mittel zur Verfügung gestellt und ihnen die städtischen Bureauräume entzogen werden. Gegen diese Vorlage setzte die übliche Regie der U. S. P. mit einer zur gleichen Zeit in der Aula in der Parkaue tagenden öffentlichen Volksversammlung ein. Der Saal war halb voll. Hunderte von Plakaten an allen Säulen — Lokale waren doppelt belegt — hatten aber nicht vermocht, Massen auf die Beine zu bringen. Die Kommunisten bildeten dabei noch einen erheblichen Teil der Anwesenden, ebenso waren Anhänger unserer Partei erschienen. Bei der Versammlung am Dienstag, in der Genosse Wissell sprach, vermochte der Saal die Teilnehmer kaum zu fassen. Macht nichts, die U. S. P. ist trotzdem die stärkste Partei am Orte, so sagt der Stadtverordnete Thurm. Das Referat hält Volkskommissar Klüfener. Er ist enttäuscht, Massen hätte er erwartet, daß sich der Rathaussturm biegen müsse. Fürchterlich schimpft und tobt er gegen die Mehrheitssozialisten. Eine Deputation soll hinübergehen in die Stadtverordnetenversammlung. In einer vorgelegten Resolution verlangt „das Volk von Lichtenberg" weitere Finanzierung der Volkskommissare. Diskussion soll stattfinden. Der Kommunist Bergs widerspricht. Es seien Mehrheitssozialisten im Saal, die würden schon den Stadtverordneten Mitteilung machen von den anwesenden paar Bäckerdutzend, wie er sich ausdrückte. Nicht die Mehrheitssozialisten, sondern Haase, Dittmann und Barth hätten dem Arbeiterrat das Genick gebrochen. An der Abstimmung beteiligten sich 50 Personen. Macht nichts, die U. S. P. ist doch die stärkste Partei am Orte. In der Stadtverordnetenversammlung nimmt zu der Magistratsvorlage Stadtverordneter Thurm das Wort. Mit der Geschicklichkeit eines bekannten Tieres im Porzellanladen entledigt er sich seiner Aufgabe. Seine Ausführungen sind lediglich wüste und auf niedrigster Stufe stehende Beschimpfungen unserer Parteigenossen. Jedes sachliche Argument fehlt. Herr Thurm wird vom „unparteiischen" Stadtverordnetenvorsteher Tempel (unabhängig) in seinem Treiben nicht gehindert. Ein Teil der U.S.P.-Fraktion sitzt sichtlich beklommen da. Geht auch ihnen die Rüpelei ihres Redners zu weit. Von der Straße dringen Hochrufe in den Saal, dessen Fenster — um besser hören zu können — Herr Thurm geöffnet hatte. „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los." Eine gewaltige Volksmenge hat sich vor dem Rathaus angesammelt, schreibt die „Freiheit". Die Masse besteht aus 200 Personen, ruft einer unserer Genossen in den Saal, eine ganz böswillige Verleumdung; es ist einwandfrei festgestellt, daß es mindestens 300 gewesen sind. Der Sprecher der Deputation begründet die Forderung der öffentlichen Versammlung. Alle sachlichen Argumente des Magistrats und der Redner der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung gehen in dem Radau der U. S. P.-Fraktion und Tribünen unter. In namentlicher Abstimmung wird die Magistratsvorlage mit 35 gegen 26 Stimmen angenommen. Darauf entsteht ein fürchterlicher Tumult. Pfuirufe, Verräter, Lumpen, Strolche, Scheinsozialisten, vor die Maschinengewehre, Handgranaten untern A.... werfen, an die Wand mit den Hunden usw. ertönen. Mit diesen geistigen Waffen bekämpft, wird die Selbstbeherrschung unserer Genossen auf eine harte Probe gestellt. Die Unabhängigen fordern ihre Anhänger auf, den Saal zu verlassen. Die Tribünenbesucher dringen in den Saal ein, die Saaltüren fliegen aus den Angeln, unsere Genossen werden angespuckt. Einige U.S.P.-Leute suchen zu beschwichtigen. Langsam verlassen die Helden das Rathaus, und ohne die U. S. P. D. wird der Rest der Tagesordnung erledigt.

So sehen also die geistigen Waffen der U. S. P. aus. Den uns angebotenen Kampf nehmen wir auf, wissen wir doch, daß sich täglich mehr und mehr alle anständigen Elemente von diesen Radaubrüdern absondern. So wird auch diese Heldentat, die eine große politische und moralische Niederlage darstellt, den Zersetzungsprozeß innerhalb der „größten politischen Organisation Lichtenbergs" nur beschleunigen.

Zivilversorgung der Kapitulanten.

Mit der Frage der Existenz der am 31. Oktober aus dem Heeresdienst ausscheidenden aktiven Unteroffiziere beschäftigte sich am Montag eine aus allen Teilen Deutschlands beschickte Generalversammlung des Reichsbundes der aktiven Unteroffiziere. Die Regierung will den Kapitulanten, die nicht in die Reichswehr übertreten, in erster Linie die bei den Versorgungsbehörden zu schaffenden 2900 Beamtenstellen offengehalten werden. Bis die Frage der festen Anstellung entschieden wird, sollen die Kapitulanten nach einem Erlaß des Reichsarbeitsministeriums vom 22. Oktober vorläufig auf Dienstvertrag angestellt wissen, mit einem nach den zurückgelegten Dienstjahren abgestuften Monatsgehalt von 450 bis 550 M., wozu für die Verheirateten eine Zulage von 50 M. und für jedes Kind 30 M. kommt.

Die Versammlung war im allgemeinen mit dieser Regelung zufrieden, man befürchtet aber, daß ein Teil der 5000 Kapitulanten unversorgt bleiben werde.

Geheimrat Gaßner vom Reichsarbeitsministerium meinte, da sich die Zahl der Rentenansprüche fortwährend steigere, würde auch die Zahl der Beamten vermehrt werden müssen.

Verkehr unregelmäßig.

Jeder Ringbahnfahrer kennt diese unheimliche Kreide-Inschrift, die bald da nur noch das einzige Regelmäßige sein wird. Eine Begründung der Unregelmäßigkeit des Verkehrs mit dem allbekannten Lokomotivmangel ist keine. Wenn zu wenig Lokomotiven da sind, so verringert man eben, wie im Fernverkehr, die Zahl der Züge, worauf ja die Unregelmäßigkeit auch hinausläuft. Wenn der Fahrplan verschlechtert wird, so mag er unzureichend sein, aber man kann sich daran halten, während jetzt kein Mensch, der die Ringbahnsperre durchschreitet, wissen kann, wann er an Ort und Stelle ist. Die Wartezeit auf dem Bahnsteig ist verloren und bringt höchstens Krankheiten. Würde eine hohe Ringbahn-Obrigkeit vielleicht die Gnade haben, auch mal den Interessen des Publikums ihre Aufmerksamkeit zu schenken? Oder soll die Ringbahn weiter im Zustand der vollen Anarchie bleiben?

Achtung! Arbeitersänger!

Auf unsere Anfrage an den Gauvorstand des Arbeitersängerbundes vom 19. September ist uns mitgeteilt worden, daß sich keine Vereine zur Mitwirkung bei unseren Veranstaltungen am 9. November, vormittags 10 Uhr, gemeldet haben.

Wir fordern deshalb öffentlich die Gesangvereine auf, die sich am 9. November an unseren Veranstaltungen beteiligen wollen, Meldungen an untenstehende Adresse gelangen zu lassen.

Bezirksverband Groß-Berlin S. P. D.
Bellevuestr. 7. Tel.: Lützow 7834.
O. Frank.

Gründung eines Landesbürgerrates. In einer in Potsdam stattgefundenen Versammlung der Vertreter der Bürgerräte der Provinz Brandenburg erfolgte die Begründung des Landesbürgerrats der Provinz Brandenburg. Nach einstimmiger Annahme der Satzungen wurde der Vertreter des Bürgerrats von Groß-Berlin, Konsul Marx zum Vorsitzenden, Justizrat Kennes-Potsdam zum stellvertretenden Vorsitzenden und Gräfin Dohna-Potsdam, Rechtsanwalt Dr. Hawlitzki-Forst, Justizrat Jahn-Prenzlau, Lehrer Kieriche-Spremberg, Eisenbahndirektor Maennel-Finsterwalde, Ministerialdirektor Müller-Lichterfelde und Justizrat Schink-Frankfurt a. d. O. zu Beisitzern gewählt.

Eine neue Erpressung an Generaldirektor Gerstenberg versucht. Bekanntlich hat der Anstifter der seinerzeit an den Direktor Gerstenberg versuchten Erpressung, Matthes, Selbstmord begangen. Diesen Selbstmord versuchte nun ein anderer Erpresser jetzt auszunutzen. Er schrieb an Gerstenberg am Sonnabend einen Brief, in dem er ihn unter Drohungen aufforderte, für die Witwe des Matthes 50000 Mark zu zahlen. Darauf kam dann gestern ein Botenjunge mit einem zweiten Brief in die Wohnung des Generaldirektors, in dem er aufgefordert wurde, dem Boten entweder die 50 000 Mark oder einen Teilbetrag mitzugeben. Der Rest werde dann später erhoben werden. Gerstenberg, der schon vorher die Schöneberger Kriminalpolizei unterrichtet hatte, ging zum Schein auf die Forderung ein und gab dem Botenjungen einen Brief mit. Kriminalbeamte folgten unauffällig dem Boten, der sich in ein Café am Nollendorfplatz begab. Bevor er hier dem Auftraggeber den Brief aushändigen konnte, hatte der Erpresser gemerkt, daß ihm einige Männer folgten. Er witterte in ihnen sofort Kriminalbeamte und ergriff die Flucht. Nach einer längeren Jagd durch mehrere Straßenzüge sprang er auf einen fahrenden Straßenbahnwagen, in der Hoffnung, so entwischen zu können. Die Beamten blieben ihm jedoch auf den Fersen und faßten ihn endlich auf offener Straße. Bei dem Versuch, sich wieder loszureißen, kam der Festgenommene mit dem Beamten, der ihn zunächst faßte, zu Fall. Nach einem Ringkampf wurde er jedoch überwältigt und abgeführt. Er behauptet, ein Kaufmann Gustav Nocholl aus Köln zu sein und den Brief an Gerstenberg nicht selbst geschrieben, sondern zwischen dem Briefschreiber, einem unbekannten Manne, und dem Direktor nur die Vermittlerrolle gespielt zu haben. Ein Handschriftenvergleich aber macht es höchst wahrscheinlich, daß er auch der Briefschreiber ist. Der Führer des Kraftwagens, der Ende August die Bande nach Karlsbad brachte, ohne zu wissen, was sie vorhatten, erkannte in dem Verhafteten einen der damaligen Fahrgäste wieder.

Ein Feuergefecht zwischen einem Einbrecher und einem Kriminalwachtmeister gab es wieder einmal in der vergangenen Nacht. Auf dem Grundstück Bergstr. 99/100 zu Neukölln wurde der wohnungslose Kaufmann Erich Bernhard mit einem Spießgesellen beim Einbruch überrascht. Bernhard wurde ergriffen, sein Spießgeselle, der sich Schönberg nannte, entfloh und gab drei Schüsse auf den verfolgenden Beamten ab, dem Mantel und Hut von den Schüssen durchlöchert wurden. Der Beamte schoß wieder und muß den Flüchtigen auch getroffen haben. Trotzdem gelang es diesem, in der Dunkelheit zu entkommen.

Die neuen Schrippen. Die neuen Schrippen sind ebenso wie Salzkuchen noch nicht als reines Weißgebäck anzusehen. Infolge der geringen Weizenzufuhren und der Transportschwierigkeiten muß zur Streckung des Gebäckes noch bis zu 50 Proz. geringeres Mehl hergestellt werden. Man hofft jedoch in etwa vier Wochen reines Weißgebäck liefern zu können. Nach den bisherigen Feststellungen der Ernte wird sich auch die unvermischte Herstellung des neuen Roggenbrotes erst im Dezember voll durchführen lassen, da bis dahin die noch vorhandenen Bestände an 92prozentigem Mehl aufgebraucht sein werden.

Die Begleitung von Güterwagen durch Privatpersonen ist von der Eisenbahnverwaltung verboten worden, um eine Belästigung des Eisenbahnpersonals und eine Behinderung des Betriebes zu vermeiden, vor allem aber auch, um die Fahrten der sogenannten „Schieberwagen" zu verhindern.

Arbeiterräte der Kriegsorganisationen. Heute vormittag 9½ Uhr Sitzung, Potsdamer Str. 32. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Verloren wurde in der letzten Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Angestellten, Sektion der Post- und Telegraphenbeamten, am 22. Oktober im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12, ein goldenes Armband. Zweckdienliche Mitteilungen in dieser Angelegenheit bitten wir möglichst sofort an die Fachgruppe 1 b Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliancestr. 7/10, gelangen zu lassen.

Der Magistrat Charlottenburg weist in einem Inserat der heutigen Nummer darauf hin, daß die Steuern für das 1. und 2. Vierteljahr, soweit die Veranlagung erfolgt ist, bis zum 1. November entrichtet sein müssen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Lichterfelde. Bis 1. Nov. 150 g Sago auf Nr. 93 der Lebensmittelkarte, 250 g Nudeln auf Nr. 91 derselben Karte, 200 g Nudeln auf Nr. 44 der jugendlichen Karte und 1 Päckchen Süßstoff auf Nr. 48 der gelben Lichterfelder Bezugskarte bis 31. Oktober.

Treptow. In dieser Woche auf Abschnitt 94 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 150 g Graupenmehl, Abschnitt 45 für Jugendliche 200 g Haferflocken, Abschnitt 52 der Treptower Karte 500 g Reis, Abschnitt 53 250 g Kakao, Abschnitt 54 2 Pakete Milchsüßspeise; auf Abschnitt A I und A II der Milchkarte für November für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre: 500 g Kindergerstenmehl und 500 g Haferflocken. Auf Abschnitt K 20 der Einfuhrzusatzkarte 250 g Auslandsmehl; auf Abschnitt 70 der Trept. Lebensmittelkarte 1 Pfd. Birnen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

38. Abt. Mittwoch 7 Uhr: Diskussionsabend bei Trümper, Flensburger Str. 3, bei Fahnig, Spenerstr. 20, und bei Schäfer, Hinderſinſtr. 1.
47. Abt. Billetts zur Revolutionsfeier sind in der „Vorwärts"-Spedition von Hönisch, Müllerstr. 34a, zu haben.
Charlottenburg. Mittwoch 7½ Uhr bei August Lux, Uhlandstr. 1: Frauenversammlung. Vortrag der Genossin Sobotta über „Weltliche Schule".
Friedenau. Mittwoch 7½ Uhr im Bürgersaal des Rathauses: Außerordentliche Generalversammlung. U. a. Bericht der von der letzten Generalversammlung eingesetzten Kommission und Wahl des Vorstandes.
Lichtenberg. Mittwoch 7 Uhr in der Aula Marktstr. 10/11: Frauenversammlung. Genossin Todenhagen spricht über „Verfassungsfragen".
Adlershof. Heutige Versammlung nicht bei Berg, sondern im Ratskeller, Bismarckstr. 58.
Eisenbahner-Werbeausschuß. Dienstag 5 Uhr: Generalversammlung, Prachtsäle Alt-Berlin, Blumenstr. 10. Erscheinen sämtlicher Eisenbahner, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, dringend erforderlich.

Jugendveranstaltungen.

Heute 7 Uhr:

Zentral-Jugendheim. Lindenstr. 3, 2. Hof links III. Spiel- und Unterhaltungsabend. — **Moabit.** Lokal Schmidt, Wiclefstr. 17. Diskussionsabend. — **Osten.** Jugendheim: Jugendklubzimmer der 220./255. Gemeindeschule, Ehrenbergstr. Vortrag: „Die Internationale". — **Niederschöneweide.** Lokal Hilscher, Fennstr. 26. Diskussionsabend.

Gerichtszeitung.

Der Dorf-Othello.

Ein Teufel in Menschengestalt, der 30jährige Landwirt Wilhelm Neuendorf aus Mahlow, hatte sich wegen eines mit wirklich diabolischem Raffinement ausgeführten Mordversuchs zu verantworten. Der Angeklagte, der äußerlich einen sehr netten, harmlosen Eindruck macht, hat mit seinen 30 Jahren schon wegen Totschlagversuchs eine sechsjährige Zuchthausstrafe hinter sich, und zwar hatte er damals seine schwangere Geliebte in einen Teich gestoßen, um sich mit einer anderen verheiraten zu können. Aus dem Zuchthause entlassen und nach Mahlow zurückgekehrt, lernte er hier die 19jährige Luise Ziegner kennen, welche zu ihm, da sie sein Vorleben nicht kannte, in nähere Beziehungen trat. Nachdem der Z. jedoch verschiedene Gerüchte zu Ohren gekommen waren, wandte sie ihre Liebe einem im Dorfe einquartierten Gefreiten Greve zu. Als der Angeklagte hiervon Kenntnis erhielt, faßte er einen mit unglaublichem Raffinement ausgeklügelten Plan, den Nebenbuhler zu beseitigen. Er bat den G. um eine Aussprache in Gegenwart der Z. und bot ihm seine Freundschaft an. Am Abend des 26. September d. J. war die Z. mit ihren beiden Verehrern zusammen. Kaum hatte man sich verabschiedet, als der Angeklagte nach Hause stürzte, sich einen Schlapphut aufsetzte und eine Joppe anzog und auf der Chaussee hinter einem Baum dem Greve auflauerte. Aus einem Meter Entfernung gab er dann auf G. zwei Schüsse ab und flüchtete in den Wald. Die eine Kugel streifte die Halsschlagader, während die zweite Kugel, zu einer Bleischeibe von Zweimarkstückgröße auseinandergeschlagen, in dem Schädelknochen stecken blieb. Am nächsten Morgen ging der Angeklagte ruhig auf das Feld zur Arbeit, und als ihm hier mitgeteilt wurde, daß man ihn verdächtige, eilte er sofort zur Polizei, weinte hier wahre Krokodilstränen über das Schicksal seines besten Freundes und war höchst empört, daß man ihn verdächtige. Zu der gestrigen Verhandlung hatte der Angeklagte einen bis in die kleinsten Einzelheiten festgelegten Alibibeweis angetreten, der jedoch wider Erwarten an einer bestimmten Stelle versagte. Auf das Zureden des eigenen Verteidigers legte Neuendorf dann plötzlich ein Geständnis ab. Das Gericht erkannte auf 12 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust.

Aus aller Welt.

Großer Eisenbahndiebstahl. Unmittelbar vor Abfahrt des Berliner D-Zuges von Frankfurt a/M. wurden Sonntag früh 7 Uhr 20 Minuten einer Hauptmannsfrau aus Berlin, die sich nur kurze Zeit aus dem Abteil entfernt hatte, von einer Mitreisenden eine Handtasche mit Schmucksachen, Uhren und anderen Wertgegenständen im Werte von 200 000 M. gestohlen.

Ueberschichten zwecks Kartoffelbeschaffung. Die Bergleute der Gruben von St. Ingbert im Saarland haben sich bereit erklärt, eine Ueberschicht zu befahren. Die so mehr gewonnenen Kohlen sollen rechtsrheinisch ausgeführt und gegen Kartoffeln für die hiesige Bevölkerung ausgetauscht werden. Andernfalls wäre die Stadt ohne Kartoffeln gewesen. Die französische Behörde wird den Plan ebenfalls unterstützen.

Wassereinbruch. Infolge einer Erderschütterung drangen gewaltige Wassermassen, die auf etwa 40 000 Kubikmeter geschätzt werden, in die Graf-Franzgrube bei Rudo, Oberschlesien, zerstörten die Wasserhaltungsmaschinen und legten dadurch den Betrieb still. Das Bedienungspersonal der Maschinen konnte sich nur mit knapper Not retten. Die Grube erleidet durch den Wassereinbruch einen ungeheuren Schaden und wird wahrscheinlich nicht vor einem halben Jahre wieder in Betrieb genommen werden können.

Innsbruck hungert! Seit vorigem Montag sind in Innsbruck Brot- und Mehlrationen nicht verteilt worden, sodaß die Bevölkerung unter **großer Hungersnot** leidet.

Die Grippe fordert in England und Argentinien bereits wieder viele Opfer.

Zurück von Australien. Der Dampfer „Rio Negro" ist mit 594 Zivilinternierten aus Australien am 26. Oktober in Rotterdam angelangt.

Briefkasten der Redaktion.

B. 100. Fragen Sie beim Berliner Polizeipräsidium. — **B. 100.** Ihre Fragen können wir nicht beantworten, wenden Sie sich an ein technisches Blatt. — **W. W. 1999.** 1. Nein. 2. Ja. — **B. 40.** Nein.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Zunächst noch ziemlich mild, größtenteils trocken und besonders östlich der Oder vielfach heiter, später neue Trübung, Abkühlung und an vielen Orten geringe Niederschläge.

Krause Pianos
Großes Lager in allen Holzarten
Berlin W 50, Ansbacher Str. 1.

Wer macht Luxusstiefel?
Offerten an Robert Berg, Hamburg, Bugenhagenstr. 6.

Zigaretten
Echt engl. Gold Flacke am Lager.
„Fredy" Zigaretten-vertrieb Norden.
Bln. N. 54, Brunnenstr. 17.
Geschäftszeit von 9—4 Uhr.

Blüthnerpiano
Schwechten, Mann, Ecke, Schiedmayer. Auswahl erstklassiger Instrumente. Konetzny, Alexanderstr. 37 (Alexpl.).

Ankauf von Juwelen
Perlen, Smaragde usw.
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstr. 9.

Kriegsanleihe
kauft gegen Barzahlung
Deutsche Metallindustrie,
Potsdamer Str. 67.

Zigaretten Zigarren
Lagerbesuch sehr lohnend.
Nur a. Selbstverb. u. Gastwirte.
M. Dessen, Berlin,
jetzt Alexanderplatz 2, 1 Tr. gegenüb. Lehrervereinsh.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht,
kauft höchstzahlend
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstraße 16.
Tel.: Lützow 3705 und 8318

Bettnässen
Das bekannt vorzügliche und in seiner Wirkung hervorragende Mittel gegen dieses so lästige Leiden sind die bekannten
Pastillen gegen Bettnässen
a Schachtel 4 M. p. Nachnahme. Erfolg b. Dankschreib. nachgew. Echt nur durch
Löwen-Apotheke, Regensburg C 108 zu beziehen. 188/7*

Metallbetten,
Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten, Polster an Jederm. Kat. fr. Eisenmöbelfabrik, Suhl i. Th.

Zigaretten
türk., amerikan. und ägyptische.
Zigarren
100 Stück 70, 85, 100, 120 M.
Rauchtabak
garantiert rein, überseeisch, rippenfrei Pfund Mark 25,—, bei 25 Pfund Mark 23,—.
L. Manheimer, Berlin,
Bergmannstr. 1 (a. Kreuzberg).

Eiserne Oefen
mit Ofenrohr und Ofenkniee, Fußboden, Schalbretter und Kantholzer verkauft Karl Pandré, Berlin-Pankow, Berliner Straße 109. 18/12*

Platin, Gold, Silber,
höchste Tagespreise.
Alte Gebisse bis 1000 M
Platinzähne „ 45 „
kauft
E. Hausdorf,
NO 18, Palisadenstr. 11, v. II.

Hebamme. Vertrauensvolle Auskunft. Preuß, Brunnenstr. 76.

Schönes neues, massives Wohnhaus,
4 Wohnungen, mit Scheune, Stall und Garten, 1 Morgen groß, event. mehr Land, preiswert zu verkaufen; nur an Private. Näheres bei Otto Marzillier, Marienwerder, Bezirk Potsdam. 901D*

Idealer **Frauenschutz:**
medic. empf. Prospekt gratis
Voigt & Co., Stuttgart 23,
Gymnasiumstraße 19. 86/20*

Opernhaus.
Sinfonie-Konzert.
Anfang 7½ Uhr.

Schauspielhaus.
Maria Stuart.
Anfang 6½ Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: **Hamlet.**
Mittwoch 7 Uhr: Cymbeline.
Kammerspiele.
7½ Uhr: **Die Büchse der Pandora**
Mittw. 7½: Frühlings Erwachen

Theater i. d. Königgrätzer Straße
½8 Uhr: Schloß Wetterstein.
Mittwoch: Schloß Wetterstein
Donnerst.: Ein Traumspiel
Freitag: Schloß Wetterstein
Sonnabd.: Schloß Wetterstein

Komödienhaus
½8 U.: **Liselott v. d. Pfalz**

Berliner Theater
7.10 U.: **Bummel-Studenten**

Central-Theater
7½ Uhr: **Die Faschingsfee.**

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Die verkaufte Braut.**

Eden-Theater
7½ U.: **„U. A. w. g."**

Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: **Gretchen.**

Kleines Theater.
7½ Uhr: **Helden.**

Kl. Schauspielhaus.
7½ U.: **Er kann nicht befehlen.**

Komische Oper
7½ U.: **Liebeszauber.**

Lustspielhaus
7¼ Uhr: **So ein Mädel.**

Metropol-Theater.
7 Uhr: Sybill

Neues Operettenhaus.
7½ U.: **Die Dame vom Zirkus.**

Schiller-Theat. Charl.
7½ U.: **Flachsmann als Erzieher**

Thalia-Theater
7½ U.: **Jungfer Sonnenschein**

Th. am Nollendorfplatz
7¼ Uhr:
Der Vielgeliebte

Theater des Westens
7½ U.: **Die Frau im Hermelin**
Sbd. 3½ U.: Max und Moritz.

Theater „Die Tribüne"
7½ Uhr: **„Die Wandlung."**

Theater d. Friedrichstadt
7½ Uhr: Dr. Stieglitz
mit **Rud. Schildkraut**

Waliner-Theater
7.15 Uhr **Eine Ballnacht.**

Residenz-Theater.
Untergrundb. Klosterstraße. Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich Heute 8 Uhr zum **277. Male**
Das höhere Leben.
Von Hermann Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.
Erich Kaiser-Titz, Olga Limburg, Harry Liedtke, Rosa Valetti, Marietta Olly, Emma Rehner, Gunold, Mamelok.
Mittwoch 4 Uhr, kleine Pr.: **Rotkäppchen.**
Sonnabend 4 Uhr, kleine Pr.: **Hänsel und Gretel.**
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.: **Der gute Ruf.**

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Untergrundbahn Friedrichstr.
Täglich ½8 Uhr:
Maskerade.
Von Ludwig Fulda.
Regie: Alfred Rotter.
Hansi Arnstädt, Eugen Burg, Käthe Dorsch, Paul Bildt, Jul. Falkenstein, Hugo Flink, Paula Levermann.
Mittwoch 4 Uhr, kleine Pr.: **Schneewittchen.**
Sonnabend 4 Uhr, kleine Pr.: **Aschenbrödel.**
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.: **Johannisfeuer.**

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Das Gesetz.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Eine Frau wie Du.

Theater am Kottbuser Tor.
Tel.: Moritzplatz 14 814.
Jed. Abend 7½ Uhr:
Elite-Sänger
9 ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger.
Sonnt. nchm. 3 Uhr ermäß. Preise (voll)
Abend-Programm:
1 Kind frei! *
Rauchen gestattet.
Liedtingen-Konzert. Beg. 7.30 Uhr.
Vorverkf. 11–1½ u. 4–6 Uhr

Volksbühne Theater z. Bülowpl.
7½ Uhr: **Paul Lange und Tora Parsberg.**

Lessing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky
7: **Peer Gynt.**
Mittw. 7½: **Christa die Tante.**
Donn. 7½: **Christa die Tante.**

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7½: **Cyprienne.**
(Leopoldine Konstantin, Grete Felsing, Annaliese Halbe, Jo Hegyi, Helene Konschewska, Kurt Götz, Rud. Klein Rogge, Erich Walter, Franz Weber.)

Casino-Theater
Lothringerstraße. Tägl. ¾8 U.:
Großstadt-Pflanzen
Volksstück in 3 Akten.
Vorher: Schwarzwaldbühne.
Operettenakt m. Viktor Litzek.
Dazu erstklass. Spezialitäten.
Stg. ½4: Ein sauberes Kleeblatt

APOLLO THEATER
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
7½ allabendl. Sonnt. 3½ u. 7½
Die Welt im Jahre 2000!
Gr. Varieté-Ausstatt.-schau in 5 Bildern.
In Szene ges. von Dir. **James Klein.**
U.a.: **Modenschau im Jahre 2000**
10 Ikarier zu Pferde / Akrobatische Spiele / Die Lichtlee in der Silbergrotte / Tänze / Effekte a. d. Jahre 2000
Senta Söneland
Lucie Blattner
H. Lamberts-Paulsen
Alex Stamer
Hedwig Gitzke usw.
Sonnt. 3½ u. Erwachs. 1 Kind frei!

Königstadt-Theater
Alexanderstr. 21.
Täglich 7.30:
Spezialitäten u. Varieté.
Burleske:
Auf i. Königstadt-Kasino
in 3 Bildern.

Passage-Theater
Unter den Linden 22-23.
Direktion: M. Soliman.
Die große Nachfrage und der kolossale Kassenandrang veranlassen mich zu einer **Verlängerung** des Films
2 Uraufführungen 2
Aus eines Mannes Mädchenjahren.
Nach d. bekannten Roman von N. O. Body
In der Hauptrolle:
Erika Gläßner.
Lissy, der Spatzenschreck
Lustspiel in 3 Akten.
In der Hauptrolle:
Ottchen Mücke
Lissy Arna.

Admirals-Palast.
Allabendlich 8 Uhr:
Die lustige Puppe

Admirals-Kino
Die Rose von Stambul
mit Fritzi Massary

Winter-Garten
Wegen des umfangreichen
Oktober-Spielplans
— Anfang 7.15 —
Rauchen gestattet!

BTL
Potsdamer Str. 38
Mia May:
Frl. Zahnarzt
Henny Porten:
Die lebende Tote
Turmstr. 12
Henny Porten:
Die lebende Tote
und
D. Tochter d. Gouverneurs
Friedenau, Rheinstr. 14
Aphrodite.
Alexanderplatz-Passage.
Mia May:
Frl. Zahnarzt

Circus Busch
Täglich 7½ Uhr:
„Aphrodite"
Tragikomisch. Pantomime in 3 Akt. v. Paula Busch.
Vorher d. gr. Zirkus-Progr.

Reichshall.-Theater
7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Stettin. Sänger
nachm. halbe Pr.
Reichshallen-S.: Dönhoff-Brettl.

UFA-PALAST AM ZOO
Heute und folgende Tage
Mit beispiellosem Erfolg!
Madame Dubarry
Der grosse Union-Film der Ufa
Titelrolle: **Pola Negri**
Regie: **Ernst Lubitsch**
Wochentags 6½ u. 8½ Uhr / Sonntags 4, 6, 8 Uhr
Vorverkauf: 11–1 Uhr / Wegen des großen Andranges zu der Vorstellung um 8½ Uhr wird der Besuch der Vorstellung um 6½ Uhr empfohlen!

Schwarzer Kater
Schaubühne Moritzplatz
(früher Buggenhagen)
Das
Riesen-Oktober-Varieté-Programm
Anfang 8 Uhr — Anfang 8 Uhr
Sonn- u. Feiertags 2 Vorstellungen
5 Uhr nachm. u. 8 Uhr abends
Nachmittags kleine Preise
Vorverkauf Sonntags zw. 12–2 Uhr a. d. Tageskasse

RICHARD OSWALD LICHTSPIELE
DIREKTION GEBR. KÖTTNER
Kantstraße 163 / Cöpenicker Str. 68
(National-Theater)

Durchschlagender Erfolg!
Reinhold Schünzel
in
Seine Beichte
Bekenntnisse eines Lebemannes nach dem Roman von Jolanthe Marès.
Weibliche Hauptrollen:
Hedda Vernon / Grit Hegesa.
Regie: HUBERT MOEST.
Für den Film bearbeitet von B. E. LUETHGE.
Cöpenicker Straße 68
Die Hauptdarsteller heute persönlich anwesend!

Bevorzugte Gaststätten Berlins sind die
Tonndorf-Betriebe
Ed. Arno Tonndorf
Linden-Restaurant
Unter den Linden 44 und Friedrichstraße 67
Vornehmes Wein- und Bier-Restaurant
Gepflegte echte Biere
Spezialität: Pilsner Urquell
Gesellschaftszimmer
Mittag- u. Abendmusik: Kapelle M. Schlick.
Tonndorf
Unter den Linden 56
Kaffee - Diele - Bar
Abends Wein-Restaurant
Nachm.- u. Abend-Konzerte
Kapellen Uschmann, Wagner
Eigene Wiener Bäckerei
Kaffee-Zubereitung nach Karlsbader Art.
Allseitig gerühmte Verpflegung.

Brillanten Perlen Juwelen kauft zu hohen Preisen
Ballschansky, Friedrichstr. 155, Ecke Unter d. Linden gegenüb. d. Viktoria-Café. Zentrum 1080!

Säle für Vereine und Gewerkschaften zu Versammlungen und Festlichkeiten zu vergeben
Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72
Teleph. Alexander 424 u. 2546.

Leder-Möbel-Fabrik

verkauft direkt ohne Zwischenhandel
Klubsessel und **Leder-Sofas**
in pr. garant. echt. Leder zu billigen Preisen.
Curt Roeder
Innungsmeister
Berlin SO 26
Oranienstr. 25.

Ehefragen Aerztl. Belehr. f. Verlobte u. Verheir. v. Dr. med. K. Hutten über Recht u. Pflicht z. Ehe, Gattenwahl, Liebe, Hochzeit, Flitterw., Kinderlosigk., Verhütg. Gefühlskälte. Anhang Knabe od. Mädch.? M. 2.20. Nachn. M. 2.50. Hausarzt-Verlag, Berlin-Steglitz 23. *

Was in jeder Ehe fehlt,
das ist das von Friedr. Robert jetzt bereits in 6. Aufl. erschienene, mit 46 vortrefflichen, den Text erläuternden Abbildungen versehene Werk
„Die Offenbarungen im Geschlechtlichen"
Das Urteil aller ist einzig günstig. Von der Wissenschaft ist das Buch rückhaltlos anerkannt, leider war das Buch in letzter Zeit verboten.
Wer das Glück seiner Ehe festigen will, wer die Qualen, die die Gatten während der ganzen Geschlechtsperiode empfinden, vermeiden möchte, dem empfehlen wir die wissenschaftlichen Aufklärungen, wie solche in dem Buche „Die Offenbarungen im Geschlechtlichen" enthalten sind, aufs angelegentlichste, es wird wie eine Befreiung von Not und Pein empfunden werden. Dieser Vorzüge wegen ist dieses Buch beliebt, wie kein anderes in der Ehe.
Preis M. 5.50, Nachn. 60 Pf. teurer. 164/10*
Linser-Verlag, Berlin-Pankow 100 I.

Nach wie vor zahle ich — wie bekannt — für
alte Gebisse
höchste Preise!
Gewöhnl. Platin-Zahn bis 5 Mk., diese jedoch
nicht unter Mk. 3,30 per Zahn!
Platin-, Stift- u. Plattenzähne bis 45 M. (nach Gewicht)
Für Platin den jetzigen hohen Preis!
Ankauf: Berlin W, Krausenstr. 56–58, täglich 10–6 Uhr
Hotel Grüner Baum. 71/18 Vogler, Berlin.

Spezial-Abteilung
Uniformenfärben, in **Zivil**umarbeiten
in schwarz, braun, blau, grün, in 8 Tagen sowie
Wenden, Umarbeiten, Neuarbeiten
von Herren- und Damengarderoben in 3 Tagen.
Stoffneuheiten. Stoffausstellung.
Außerdem wird jeder Artikel in 6 Tagen gefärbt und in 24 Stunden chemisch gereinigt. Abholung und Zustellung kostenlos.
Original-Englische Stoff-Auswahl.
Trauersachen in 48 Stunden.
Basch & Buczkowski, Friedrichstraße 63 I.

Zigaretten
ständiges Lager, rein orientalische und ägyptische Zigaretten zu billigsten Tagespreisen.
Lagerbesuch lohnend.
M. Guttmann, Berlin O 27, Alexanderstr. 22. — 8–5 Uhr. —

Strümpfe
Guter nahtloser Baumwoll-Strumpf
Paar: **6,90**
Leiser

Max Ziegenhals
Rauch-, Kau- und Schnupftabake
Zigarren, Zigaretten en gros.
wohnt jetzt: **Berlin C, Poststraße 12**
Fernsprecher: Zentrum 8700 und 2977

Frisch eingetroffen
Diverse Schokoladen :: Pralinen :: Kakao gebr. Kaffee :: Reis :: Bohnen :: Linsen Sultaninen :: Korinthen :: Knackmandeln Oelsardinen :: Reisstärke. 994D*
F. P. A. Kauffmann, Berlin S 14, Wallstr. 55/56

8 TRAURINGE
DUKATENGOLD 900
14 kar. Gold 585 gestempelt, 8 kar. Gold von M. 19,75 an.
VERKAUF DIREKT AN PRIVATE
Goldwaren-Fabrik
J. Weinstock G. m. b. H. Berlin A.
Zentrale: Mohrenstraße 16 am Untergrundbahnhof Friedrichstraße.
Alexanderstraße 14a, nahe Jannowitzbrücke
Charlottenburg, Stuttgarter Platz 5, a. Bf. Charlottbg.
Achtung! Kein Laden. Geöffnet 9–6.

Meine großen Möbel-Läger
mit Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Leder- u. Gobelin-Garnituren, Plüschsofas, Trumeaus, Schränken, Vertikos, kompletten Kücheneinrichtungen usw. stehen zur gefälligen zwanglosen Besichtigung in der Brunnenstraße Nr. 7, Nr. 8 u. Nr. 156 nahe Rosenthaler Platz bei
Möbel-Lechner, Haupteingang Brunnenstraße 7
Geöffnet von 8–6

Zähne mit echtem Friedenskautschuk von 4 M. an
Teilzahlung. Zahnziehen mit Einspritzung fast vollk. schmerzlos. Goldkronen von 30 M. an. Zähne ohne Gaumenpl. Umarbeitung schlechtsitz. Gebisse. Repar. sof.
Zahnarzt Wolf,
Potsdamer Str. 55, Hochb. Bülowstr. Tel.

Hühneraugen
Hornhaut, Ballen und Warzen beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit
Kukirol. in vielen tausend Fällen glänzend bewährt.
In Apotheken und Drogerien zum Preise von 1,30 M. erhältlich. Lassen Sie sich nichts anderes aufreden, es gibt nichts Besseres.
Engroslager H. Barkowski, Berlin SO 16.

Quecksilber
1 Kilo bis
Mark 50.–
kauft **Metallkontor,** Alte Jakobstraße 138 Moritzplatz 12658).

Elektro-Motore
Kupferdrähte und andere elektrische Materialien kauft *
Elektromechanik Zentrum
Kurzstr. 18. Tel.: Alex. 4781

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wertl. Friedrichstr. 41 III. Ecke Kochstr.

Grammophone auf **Teilzahlg.**
F. & H. Schmidt
Petersburger Str. 23, I. Et.

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft *
Ingenieurbureau Seidlitzing
Berlin W 9, Linkstr. 18.
Tel. Lützow 3705 und 8318.

Das
goldene Buch des Weibes
19 Kapitel aus dem intimsten Leben der Frau. 6. Aufl.
Von R. Gerling. — 152 Seiten. 164/7
Inhalt: Wie erhält die Frau das Eheglück? — Warum verblühen so viele Frauen so früh? — Pflege u. Erhaltung weibl. Schönheit. — Das Geschlechtsleben in der Ehe. — Die Bedeutung der Krankheiten für das Eheleben. — Gesundheitspflege während d. Schwangerschaft. — Die Regelung des Kindersegens. — Unfruchtbarkeit, ihre Ursachen und Verhütung. — Wie erlangt man schöne u. gesunde Kinder? — Das Recht der Frau u. das Eherecht. — Preis 3 M., geb. 4 M. zuzügl. Porto.
Orania-Verlag, Oranienburg 92.

Am 26. Oktober 1919, nachmittags 3½ Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber, guter Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Tischlermeister

Emil Neumann

im 57. Lebensjahre.

Dies zeigt, um stilles Beileid bittend, tiefbetrübt an im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Minna Neumann geb. Bergemann, Bernauer Straße 7.

Beileidsbesuche u. Kranzspenden dankend verbeten. Die Einäscherung findet am 30. Oktober, nachmittags 1 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. 37/38 statt.

Aufgebot.

1. Der Tischlermeister Benedikt Hartmann in Neukölln, Berliner Str. 42,

2. die Frau Martha Reichel geb. Sperling in Berlin, Anklamer Str. 10, vertreten durch den Justizrat Dr. Mode in Frankenstein i. Schl., haben beantragt:

zu 1: die verschollene **Emma Hartmann geborene Rilke**, geboren am 2. Dezember 1866 zu Schmiedeberg i. R., zuletzt wohnhaft in Neukölln,

zu 2: den verschollenen Arbeiter **August Reichel**, geboren am 22. Februar 1860 in Berlenitz, zuletzt wohnhaft in Neukölln,

für tot zu erklären.

Die bezeichneten Verschollenen werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf den

10. Juni 1920, vormittags 11 Uhr

vor dem unterzeichneten Gericht, Berliner Str. 69/70, Zimmer Nr. 19, anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Neukölln, den 18. Oktober 1919.

Das Amtsgericht Abteilung 17. 1000b

gez.: Fischer.

Oeffentliche Mahnung zur Zahlung fälliger Steuern und Abgaben.

Alle **Steuern und Abgaben**, die für das 1. und 2. Vierteljahr (April/Juni und Juli/Oktober) des Steuerjahres 1919 fällig gewesen sind (die Steuer usw. wird unter der Voraussetzung fällig, **daß die Veranlagung** bereits erfolgt, sowie, daß die Steuerzahlstelle bekannt ist) und für **frühere Zeiten** noch rückständig sind, müssen bis zum

1. November 1919

an die zuständige Steuerzahlstelle **gezahlt sein.**

Bei Zusendung der fällig gewesenen Beträge **auf bargeldlosem Wege oder durch die Post** hat die Einzahlung so rechtzeitig zu erfolgen, daß der **Betrag spätestens am 1. November d. J.** bei der Steuerzahlstelle eingegangen ist.

Bemerkt wird, daß die Zahlung durch die Einlegung von Rechtsmitteln (Berufung, Einspruch, Ermäßigung) nicht ohne weiteres aufgehalten wird.

Am 3. November 1919 beginnt die kostenpflichtige Zwangsbeitreibung.

Charlottenburg, den 25. Oktober 1919.

Der Magistrat.

J. V.: Moll.

Alte Weinstuben **J. F. Rauch**

Brunnenstr. 174, nur neb. Goldesch. Busse. Friedrichstr. 11, Gr. Frankf. Str. 112 neb. Jandorf.

Cognac! Rum.

Endlich ein guter, zuckergesüßt., preiswerter, kräftiger Likör:

Körners Original Stonsdorfer

Zuckergesüßter Sekt, Echt Schwarze Steinhäger, kräftig. **Vorzügl. Rotweine.** Süßer Obstschaumwein, Süßer Maitrank, Fl. 3,75 Mk. Vorzügl. bill. **Bowlenweine.**

Umtausch der Aktien der Großen Berliner Straßenbahn geg. Schuldverschreibungen des Verbandes Groß-Berlin

Der Umtausch der Aktien der Großen Berliner Straßenbahn gegen Schuldverschreibungen des Verbandes Groß-Berlin und die Auszahlung der Zinsen für das 1. Halbjahr 1919 sowie der bar auszuzahlenden Restbeträge des Kaufpreises erfolgt vom

10. November 1919

ab gegen Uebergabe der Aktien nebst Gewinnanteilscheinen für 1919 und die folgenden Jahre bei der

Umtauschstelle der Großen Berliner Straßenbahn, BERLIN W 9, Leipziger Platz 14, Eingang 2,

— werktäglich in der Zeit von 10 bis 2 Uhr. —

Zur Beschleunigung des Umtauschgeschäftes wird den Inhabern von Bankdepots empfohlen, sich der Vermittlung ihrer Bank zu bedienen. Im übrigen wird gebeten, für den Umtausch die schon jetzt bei der Hauptkasse der Großen Berliner Straßenbahn erhältlichen Vordrucke zu verwenden.

Der Verbandsdirektor des Verbandes Groß-Berlin.

I. V.: Dr. Giese. 18/14

Personal 5000

Lastkraftwagen

Vogtländische Maschinenfabrik A. G. Plauen i. V.

Rotationsdruckmaschinen :: Offsetmaschinen.

Verkaufsbureau für Berlin und Provinz Brandenburg:

Berlin W 66, Leipziger Str. 123a, Ecke Wilhelmstr.

Spedition für das In- u. Ausland

Lagerhäuser mit Bahnanschluß und Hafen

Automobil-Spedition

Rob. Haberling, Berlin W 9

Zigarren garant. rein Uebersee von **650** Mk. an.

Zigaretten Goldlinke, dicke Türken sowie deutsche Marken.

Nordhäuser Kautabak i. Roll. u. Stang.

Uebersee-Rauchtabak

Jeden Posten abzugeben.

Zigarren-Haus **Gebr. Schanzer**, Friedrichstr. 243 (Hall. Tor) Alexanderstr. 9 (N. Pol.-Pr.)

184/19*

Oesterreichische Möbelfabrik

sucht zur Erzeugung von Massenmöbeln erfahrene

Fachleute als Direktor sowie **Werkmeister.**

Angebote unter „Fachleute 2325“ an die Annoncen-Expedition Julius Dukes, Wien I, Schulerstraße 8.

Spezialarzt Sanitätsrat Dr. Müller, **Friedrichstraße 100 II,** Eingang Kronenstraße. Spr. 11—1, 5—7, Sonnt. 11—1. Erfolgreiche Heilmethode. Harn- und Blutuntersuchung.

Wie ein Wunder beseitigt San.-Rat Dr. Strahl's **Haussalbe** jed. Hautausschl., Flecht., Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl., in Originaldosen 6.25, 9.75 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke“ Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß **Friedrichstr. 125** Oranienburger Tor. Spr. 11—1, 6—8, Sonnt. 11—1. Erfolgreiche Behandlung. Harn- u. Blutuntersuchung.

Spezialarzt Dr. med. Kosban. Erprobte und schmerzlose Behandlung. **Friedrichstr. 81,** gegenüb. Panoptik. **Königstr. 56/57,** gegenüb. Rathaus. Spr. 10-1 u. 4-7, Sonnt. 10-1. Separates Damenzimmer.

Spezialarzt Dr. med. Lommer **Harn- und Blutuntersuchung** Behandl. schnell u. sicher ohn. Berufsstörung. Teilzahlung. **Brunnenstr. 185** (nahe Rosenthaler Platz). Sprechz. 9-1 u. 4-8, Sonnt. 9-12.

Ziehung 7. u. 8. Nov. 1919

Geld-Lotterie für die Lehrerpensionsanstalt

6693 Geldgew. bar ohne Abz. -M.

200 000

Hauptgew.: **75 000**

30 000

Empf. u. vers. auch u. Nachn. **Lose à M. 3.60** für Porto u. Liste 50 Pf. mitsiens.

Emil Sillor, Bankhaus, Hamburg, Holzdamm 30. Bitte rechtzeitige Bestellung!

Oesterreichische Holzverwertungsindustrie

sucht tüchtigen

Fachmann für transportable Blockhäuser.

Gleichzeitig evtl. Ankäufe von Patenten dieses Systems gesucht. Angebote unter „Fachmann und Patent 2325“ an die Annoncen-Expedition Julius Dukes, Wien I, Schulerstr. 8. 184/19*

Fette Mastenten junge Bratgänse Pfd. 8,95 M. prima Hühner . . „ 7,95 „ Masthühner . . . 8,50 „

Herm. Tasche Nachf. Schmidt, jetzt Belleallianceftraße 96 und Charlottenb., Kais.-Friedr. 43.

Verh. **Bäcker** in **Bromberg** sichere Stellung im Großbetrieb, wünscht m. Polen in gleicher Stellung in Berlin zu tauschen. Off. unt. A. T. 31 Zentral-Verkehrsbüro „Expreß“, Bromberg.

558 Gelernte, zuverlässige

Schiffszimmerleute und Bootsbauer

für **Fischereifahrzeuge und Luxusbootsbau** zum sofortigen Antritt gesucht. Dauerstellung. Einstellung erfolgt auf Grund der Tarifbestimmungen zu günstigen Bedingungen. Unterkunftsmöglichkeit gesichert. Meldungen erbeten an

Pommern-Werft G. m. b. H., Swinemünde Grüne Flöße

Dr. med. Laabs Spezialarzt. Erfolgreiche Behandlung. **Königstr. 34/36** Alexanderplatz. 10—1, 5—8, Sonnt. 10—1.

Möbel neuzeitlich geschmackvoll gediegen preiswert

NICOLAUS Pindo Hackesche Markt dicht am Bahnhof Börse

Gebrauchtes Piano, Friedensware, gut erhalten, von Privat zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis erbeten **Splanemann, Charlottenburg,** Schloßstraße 61, Möbelsalon. 18/20

Spezial-Behandlung Kühn Praxis seit 1901 **Andreasstr. 75, I** Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bhf. Sprechz. 10—12, 5—7, Sonnt. geschlossen. Harn- und Blutuntersuchungen.

Erste und älteste Heil-Anstalt Löser Dr. Skettl

Spezialarzt Dir.: Löser senior Harn- u. Blutuntersuchungen. Röntgen-Durchleuchtung etc. Elektrische u. medizin. Bäder. — Erfolgr. eigene Heilmethode. nur **Rosenthaler Str. 69-70,** Ecke Linienstraße, 9-1, 4-8, Sonnt. 9-1.

Spezial-Behandlung Harn- und Blutuntersuchung, Licht- und Finsen-Behandlung. Bestrahlungen. Schnell, sicher, ohne Berufsstörung. Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren. Aerztliche Heilanstalt **Löser, Münzstr. 9** nahe Alexanderplatz 9—1, 4—8, Sonnt. 9—1.

Spezialarzt Dr. Hasché Sprechstunden 10—1, 5—8, Sonnt. 10—1. **Friedrichstraße 90** am Bahnhof Friedrichstraße. — Teilzahlung gestattet. —

Dr. med. Hollaender Spezialarzt **Aufklärende Broschüre Nr. X.** 1,50 M. gegen Nachnahme. Berlin, Leipziger Str. 108 } täglich 11—1, 5—7 Uhr, Hamburg, Kolonnaden 26 } Sonntags 11—1 Uhr.

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise. Teilzahlung. Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Eingaben, Gnadengesuche. Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H., **Alexanderstraße 45** (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz). (9—7) Glänz. Erfolge. Beobachtg. Sonnt. 10—12.

Landgerichtsrat a. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach pers. z. sprechen Potsdamer Str. 115 (Lützowstr.) Langjähr. Erfahr. Zuverläss. Rechtsbeistand in Ehe-, Alimenten- u. Vertrauenssach., Gesuche, Verträge, Ermittelungen. — Beobachtungen. Tel. Lützow 2494.

Dr. med. Karl Reinhardt Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße) **Spezial-Arzt** bewährte fachmännische Behandlung. Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratisbroschüren (Beschreibung sämtlich. Heilverfahren) in den Sprechstunden von ½12—2 mittags, ½6 bis ¼10 Uhr abends, Sonntags ½11—1 Uhr (im verschlossenen Brief 1,25 Mk.).

Platina zu wirklich höchsten Preisen. Zahnplatinstifte 3 M. bis 40 Mark

110/4a **Alte Gebisse bis 1000 Mark**

Silber, Gold kauft Frau Linke, Blücherstr. 40, v. II

Rote Abzeichen und Rosetten zum 9. November empfiehlt 1001b **Togo-Vertrieb, Gotha.**

Gegen das Altern

Runzeln, scharfe Züge, Krähenfüße, Stirnfalten verschwinden einzig nur noch biologisch. Verfahren durch Zuführung neuer, dem natürlichen Hautfett innig verwandter Fettstoffe „Reichel's homogenes Zeitbindstoff“, **Creme „Diana“.** Die welkende Haut und erschlafften Gesichtsmuskeln werden wieder gekräftigt, glatt und elastisch gemacht und das Altern der Gesichtszüge weiterhin wirksam verhindert. Erfolge über Erwarten. Dose 6,50 u. 10,—. **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.**

Triumph-Kohlenstreckmittel für jeden leicht und billig selbst herzustellen im eigenen Betrieb oder Haushalt, sowie als Nebenverdienst geeignet. Man schreibe sofort unter **J. 39** an die Expedition d. Bl. 906b

Junger Zeichner für Berliner Gummiwarenfabrik gesucht. Offerten unter **M. A. 2150** befördert **Rudolf Mosse, Berlin, Blücherstr. 69.**

Former (zuverlässig, allererste Kraft) auf Kunst- und Bügelgießerei verlangt sofort oder später. Nur schriftliche Angebote mit genauen Angaben bisheriger Tätigkeit werden berücksichtigt. 993b **Labor G. m. b. H., Berlin N 20, Pankstr. 29.**

Lackierer für Buchdruckmaschinen sucht **Foge, Hohenschönhausen,** Wriezener Str. 2. 997b

Löterinnen, perfekte, für Taschenlampenbatterien sofort gesucht bei gutem Verdienst. 18/20 **Neumann, Elisabeth-Ufer 53.**

Wagenbauer!

Arbeiter, an Fabrikation von Automobilkarosserien gewandt, erhält sofort Stellung bei 18/18

Gustaf Nordbergs Wagenfabrik, Tegnergatan 37, Stockholm, Schweden.

18/13 Für **Fabrikation elektrischer Bügeleisen** erfahrenen Werkführer gesucht. Schriftliche Offerten erbeten. **Mahnke, Charlottenburg,** Horstweg 2.

15—20 **Möbel- und Bautischler** sofort gesucht bei gutem Lohn, dauernde Beschäftigung. Wohngelegenheit sichergestellt. 128/16 **Möbelfabrik Schöerk, Krummhübel (Riesengeb.)**

Blusen-Musternäherinnen bei hohem Lohn für **Cewinsky & Mayer,** 18/18 Lindenstr. 106.

Tüchtige Tischler auf Bücherschränke u. Schreibtische, auf Büfetts u. Anrichten, auf runde Herrenzimmertische nach Zeichnung verlangt „Jis“, Frankfurter Allee 41.

Gebildetes **junges Mädchen** für selbst. und arbeitsfreudig, sucht für sofort pass. Stellung, Bureau, Zeitungsverlag, Bücherei, Buchhaltung usw. Gefl. Angeb. an **Zils, Culm a. W.,** Bahnhofstr. 26, erbeten. 999b

Austrägerinnen für den „Vorwärts“

werden eingestellt in folgenden Filialen

Berlin: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. — Prinzenstr. 31, Hof part. — Fritze, Steglitzer Straße 37, Laden. — Markusstr. 36. — Dölz, Immanuelkirchstr. 24. — Melle, Petersburger Platz 4. — Zinke, Lindenstr. 3, Laden. — Joseph, Wilhelmshavener Straße 48. — Lausitzer Platz 14/15.

Schöneberg: Belziger Straße 22. **Charlottenburg:** Sesenheimer Straße 1. **Steglitz:** Ziegeldecker, Schildhornstr. 11.

Neukölln: Heinrich, Neckarstraße 2. **Lichtenberg:** Rosenkranz, Alt-Boxhagen 36. **Johannisthal:** A. Gammisch, Bismarckstraße 8.

Heute abend 7 Uhr: 30 öffentl. Volksversammlungen. Tagesordnung: „Die Revolution und die neue Reichsverfassung“. Sorgt für Massenbesuch.

Die gefährdete Kartoffelversorgung.

Mehrfach wurde schon darauf hingewiesen, daß ganz besonders in Ostpreußen die Einbringung der Kartoffelernte gefährdet ist. Der Grund liegt darin, daß unter den dort herrschenden Arbeitsbedingungen, die für die polnischen Wanderarbeiter galten, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen nicht arbeiten können und daß die Landwirte sich weigern, andere Arbeitsbedingungen einzuführen.

Ein weiterer Grund für die Kartoffelknappheit liegt in dem Mißbrauch, der mit dem Versand von Saatkartoffeln getrieben wird. Nach einer Reichsverordnung dürfen Saatkartoffeln zum Versand gebracht werden. Die Landwirte verkaufen aber massenweise Speisekartoffeln als Saatkartoffeln, um auf diese Weise drei bis fünf Mark pro Zentner mehr zu verdienen. Dem Schieber- und Wucherer-unwesen wird hierdurch Tür und Tor geöffnet. Aus diesem Grunde hat Genosse Heller in der Preußischen Landesversammlung eine Anfrage an die Regierung gerichtet, die auf die geschilderten Mißstände hinweist und fragt, was die Regierung zu tun gedenkt:

1. um die Einbringung der Ernte in diesen Gegenden zu gewährleisten,
2. um dem Aufkauf von Speisekartoffeln, wodurch die deutsche Volksernährung ernstlich bedroht wird, entgegenzuwirken.

Daß die Landwirte zum Teil gar nicht gewillt sind, bessere Arbeitsbedingungen einzuführen, beweist das nachfolgende Rundschreiben eines westfälischen Bauernvereins, das lautet:

„Die Verordnung betreffend Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten vom 2. September d. J. bedeutet einen bisher in Preußen unerhörten Gewaltakt gegen die persönliche Freiheit des Bauernstandes. Die in der Ortsgruppe Rammen des westfälischen Bauernvereins zusammengeschlossenen Landwirte verlangen sofortige Aufhebung dieser Verordnung. Ihrer Durchführung werden sie auf keinen Fall tatenlos zusehen, sondern Mittel und Wege zu finden wissen, sie zu verhindern.

Der Vorstand der Ortsgruppe Rammen
des Westfälischen Bauernvereins.“

Die Verordnung vom 2. September ermächtigt bekanntlich den Demobilmachungskommissar, nach eingeholter Zustimmung der Landeszentralbehörde, solchen Grundbesitzern die Verwaltung ihres Grundstücks zu entziehen, die sich weigern, die vom Demobilmachungskommissar festgesetzten und für verbindlich erklärten Arbeitsbedingungen zu erfüllen. Der Widerstand unsozialer Grundbesitzer gegen diese Verordnung muß unbedingt gebrochen werden, wenn nicht im Winter unsere gesamte Ernährungswirtschaft zusammenbrechen soll.

Das Uebergangsheer.

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung führte Wehrminister Noske aus, daß er trotz der geringen Zahl der uns verbliebenen Truppen doch hoffe, daß die Möglichkeit bestehe, einen militärischen Apparat von gewisser Bedeutung herzustellen. Es bestehe kein Grund zu vertraulichen Verhandlungen. Wir hätten nichts zu verbergen, auch in bezug auf die Einwohnerwehren. Der Minister wies auf die Knappheit an verfügbaren höheren Offizieren hin. Wir müßten abgeklärte, ruhige Führer haben.

Innerhalb drei Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages muß die Iststärke des deutschen Heeres auf 200 000 Mann, ab 1. April 1920 auf 100 000 Mann zurückgeführt sein. Das Heer von 100 000 Mann darf nicht mehr als sieben Infanterie- und drei Kavalleriedivisionen umfassen.

Den zu bildenden sieben Infanteriedivisionen des Heeres von 100 000 Mann entsprechend ist das Reichsgebiet vom 1. Oktober 1919 ab bereits in

sieben Wehrkreise

eingeteilt, die die territorialen Ergänzungsbezirke der Divisionen sein werden. Auf die Wehrkreiskommandos sind die Befugnisse der Generalkommandos übergegangen, die mit dem 1. Oktober dieses Jahres zu bestehen aufgehört haben. Für die drei Kavalleriedivisionen sind Territorialbezirke nicht vorgesehen, da die Kavallerie als leicht bewegliche Truppe über das ganze Reich verteilt werden muß. Die Wehrkreise sind I Ostpreußen (Kommando Königsberg), II Pommern, Schleswig-Holstein, Mecklenburg (Stettin), III Schlesien, Brandenburg, Posen (Berlin), IV Provinz und Freistaat Sachsen, ein Teil von Thüringen (Dresden), V Thüringen, Hessen, Baden, Württemberg (Stuttgart), VI Hannover, Westfalen, Rheinland (Münster), VII Bayern (München). Die Geschäfte der Wehrkreiskommandos werden bis 1. April von einem verstärkten Brigadestabe wahrgenommen. Im Rahmen dieser Einteilung erfolgt auch die Aufstellung des Uebergangsheeres von 200 000 Mann, das aus

20 Reichswehrbrigaden

besteht. Diese werden aus dem bisher bestehenden 48 durch Zusammenlegung der bestehenden Verbände gebildet. Die Zusammenlegung erfolgt innerhalb der Wehrkreise und grundsätzlich im Heimatbezirk der Truppenteile. Ausnahmen sind auf besondere Wünsche der Truppen hin angeordnet und da, wo der Heimatbezirk infolge Räumung oder Abtretung nicht mehr in Frage kam. Reichswehrgruppenkommandos sind im Uebergangsheer vier vorhanden: 1. Berlin, 2. Kassel, 3. Kolberg, 4. München. Grundsätzlich sind in jeder Brigade folgende Verbände vorhanden: Zwei Infanterieregimenter zu drei Bataillonen, ein Kavallerieregiment zu drei Eskadrons und eine Maschinengewehrabteilung, ein Pionierbataillon zu zwei Kompagnien, ein Scheinwerferzug oder Beleuchtungstrupp und Brückentrain, eine Nachrichten-, eine Kraftfahrabteilung, ein Staffelstab und eine Sanitätskompagnie.

Der Brandenburgische Städtetag.

Das erstemal seit Kriegsausbruch tagte wieder ein Städtetag in Wittenberge, der brandenburgische. Die in der Zwischenzeit vorgegangene Umwälzung der politischen Verhältnisse, fand naturgemäß auch Ausdruck in der Zusammensetzung des Städtetages. In erheblicher Zahl waren sozialdemokratische Vertreter anwesend, in weit geringerem Maße auch Unabhängige. Die Anhänger dieser Gruppen treten zu besonderen Fraktionssitzungen zusammen, um zu einzelnen Fragen der Tagesordnung Stellung zu nehmen. Der einzige positive Erfolg des Städtetages war aber nur, daß ein Mehrheitssozialist — der Bürgermeister Jung aus Sommerfeld — in den Vorstand gewählt wurde. Außer einer Abstimmung, daß nicht abgestimmt werden sollte wurde nichts beschlossen. Das war auch das einzig nützliche, da zu den behandelten Fragen noch keine fertigen Gesetzentwürfe vorlagen. Im nächsten Jahre soll eine Aenderung der Satzung vorgenommen werden.

Hoffentlich ist bis dahin auch der Gesetzentwurf Groß-Berlin endgültig verabschiedet, so daß auch über die Zugehörigkeit zum Brandenburgischen Städteverband Klarheit herrscht. Diesmal befinden sich alle diese Dinge in Ungewißheit, im nächsten Jahre muß die Sozialdemokratie an die planmäßige Umformung dieses Gebildes denken.

Landrats Schwanengesang.

Einer der glücklich beseitigten Landräte des alten Systems ist der Herr v. Meyer, bisher Oberhaupt des Kreises Arnswalde. Wie notwendig seine Amtsenthebung war, zeigt der Schwanengesang, mit dem er sich verabschiedet und aus dem wir einige Absätze zitieren:

Nr. 1000. Arnswalde, den 17. Oktober 1919.

Von Seiner Majestät dem König am 31. März 1906 zum Landrat des Kreises Arnswalde ernannt, von der jetzigen Regierung nunmehr ohne Angabe von Gründen in den einstweiligen Ruhestand versetzt, verabschiede ich mich hiermit vom Kreise Arnswalde.

Mein Abschiedsgruß gilt all denen, die in dieser Zeit der Not das Vaterland über alles gestellt haben, all denen, die bemüht gewesen sind, in angestrengter Arbeit, an welchem Platze es auch sei, dahin mitzuwirken, daß das Unheil, das die Revolution und der Schmachfrieden über unser Vaterland gebracht hat, nicht noch größer werde. . . .

Die Not muß weiter steigen, solange täglich und stündlich Millionen Deutsche unser armes Vaterland verraten. Um so fester stehe gegen diese Not Treue und Mut, Arbeitsamkeit, Ehrgefühl und Pflichtbewußtsein zur Tat bereit mit Gott für Recht und Vaterland.

Ich scheide mit der festen Zuversicht, daß nach schwersten politischen und wirtschaftlichen Wirrnissen das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit sich zurücksehnen wird nach seinem sozialen Kaisertum. Dann wird auch der Tag gekommen sein, an dem mein geliebter Heimatkreis Arnswalde zu neuer Blüte gelangen wird.

Daß dieser Tag bald kommen möge, das walte Gott.

v. Meyer, Landrat.

Es liegt uns fern, einem Verabschiedeten sein Schimpf- und Klagerecht zu bestreiten. Aber ein dreister Mißbrauch ist es, wenn die „Arnswalder Zeitung“ als amtliches Kreisblatt des Kreises Arnswalde diesen Erguß im amtlichen Teil bringt, wo seine Aufnahme aus Staatsmitteln bezahlt wird. Wenn Herr v. Meyer das Bedürfnis fühlt, beim Abschied die jetzige Regierung zu beschimpfen und monarchistische Propaganda zu treiben, so ist es doch etwas viel zugemutet, wenn die Republik dafür noch die Kosten tragen soll. Wir verlangen, daß Herr v. Meyer für diese Verschleuderung von Staatsgeldern noch jetzt persönlich haftbar und verantwortlich gemacht wird.

Der Kronzeuge der Unabhängigen.

Bei dem verhafteten angeblichen Direktor Moschell, dem Gewährsmann des unabhängigen Abgeordneten Cohn für seine Enthüllungen über Verhandlungen der fragwürdigen westrussischen Regierung mit einer sogenannten Nergenfiliale in Berlin, wurden Papiere gefunden, die, wie der „Abend“ meldet, den Schluß zulassen, daß er ein Agent der russischen Sowjets war.

Kleine politische Nachrichten.

Deutsche Vertretung für Washington. Als wissenschaftlicher Beirat für die zur Völkerbunds-Arbeitsrechtskonferenz nach Washington reisende Delegation soll anstelle des ursprünglich in Aussicht genommenen Abg. v. Schulze-Gävernitz-Freiburg der langjährige Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform Dr. Ernst Francke-München oder Professor Dr. Alfred Manes, der u. a. die sozialpolitische Abteilung der Deutschen Liga für Völkerbund leitet, entsandt werden. — Der Tag der Abreise der deutschen Delegation nach Washington ist noch nicht festgesetzt. Auf eine nach Paris gerichtete Anfrage war bis Montag nachmittag noch kein Bescheid eingetroffen. Es ist möglich, daß die Abreise nicht vor Anfang November stattfindet.

Der alte Haeseler gestorben. In hohem Greisenalter ist der Generalfeldmarschall Graf Haeseler gestorben. Er war 1870 schwer verwundet worden, und seitdem hatte der schlanke Mann mit dem Habichtsgesicht und dem unmilitärisch langen Haar einen sonderbar humpelnden Gang. Lange kommandierte er das Metzer Korps und sein „Schleifen“ war weithin berüchtigt. Im preußischen Herrenhaus hat er ab und zu geredet — ein konfuses Gemisch von christlicher Sozialpolitik und scharfer Reaktion. Er hatte sich auch in der Pfadfinderei fördernd beteiligt.

Wirtschaft.

Die Zukunft der deutschen Industrie.

Auf der 59. Hauptversammlung des Vereins Deutscher Ingenieure, die sehr stark besucht war, sprach Genosse Dr. August Müller über das Thema: „Durch welche Mittel muß die deutsche Industrie der Veränderung ihrer Produktionsbedingungen Rechnung tragen?“ Er führte aus: Deutschland sei mit einem kleinen Fabrikanten oder Gewerbetreibenden zu vergleichen, der ohne Rohstoffe, ohne Kredit und ohne arbeitslustige Arbeiter sei und sich nur dadurch ernähre, daß er Stück für Stück seiner Wirtschaft verschleudere. Die immer größer werdende Verschuldung sei zur Hauptsache begründet in dem ungeheuerlichen Mißverhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr. Im Juli sei zum Beispiel die Ausfuhr um mehr als sechsmal geringer als die Einfuhr gewesen, wobei die illegale Einfuhr aus dem Westen, die pro Monat auf mehrere Milliarden zu schätzen sei, nicht mitgerechnet sei. Das längere Andauern dieses Ausverkaufs der deutschen Volkswirtschaft müsse natürlich zu ruinösen Zuständen führen. Man habe die Forderung aufgestellt, Deutschland möge sich von der Weltwirtschaft ganz zurückziehen und sich möglichst auf sich selbst beschränken. Dieser Auffassung trat Genosse Müller entschieden entgegen. Aus den Folgen des Krieges ergebe sich für Deutschland folgende Situation: Entweder müsse die Ausfuhr gewerblicher Produkte weit über das Maß des Exports vor dem Frieden gesteigert werden oder aber wir müssen eine Bevölkerungsverminderung in Kauf nehmen oder drittens im eigenen Lande eine wesentlich intensivere Nahrungsmittelerzeugung durchführen. Den Gedanken, daß Deutschland zu einem sich selbst genügenden Wirtschaftskörper gemacht werden könne, hält der Redner für utopistisch, ist aber der Ueberzeugung, daß es trotz aller Schwierigkeiten durch Forcierung der Ausfuhr von Industrieerzeugnissen möglich sein würde, ausreichend Nahrungsmittel heranzuschaffen, um die Bevölkerung zu ernähren, die aus eigenen Bodenerzeugnissen nicht ernährt werden könne. Wenn auch Deutschland in Zukunft über ein natürliches Monopol nicht mehr verfüge, so werde es doch durch die Leistungen seiner Wissenschaft, Technik und Industrie sich wiederum Geltung in der Weltwirtschaft verschaffen können. Notwendig sei in Zukunft eine den veränderten Verhältnissen angepaßte Industriepolitik. In den Vordergrund ist zu stellen die Erzeugung höchstqualifizierter Industrieerzeugnisse, bestmöglichste Sparsamkeit in der Verwendung der Arbeitsmittel und Rohstoffe und entsprechende außenpolitische Orientierung. Als Ziel schwebt dem Redner vor Erreichung möglichster Unabhängigkeit von der britischen Einflußsphäre und Orientierung im osteuropäischen Sinne, das heißt: gemeinsamer Wiederaufbau Deutschlands, Rußlands und der Tschecho-Slowakei. Auch die Wirtschaftspolitik muß insbesondere auf die Steuerpolitik eingestellt werden. So wenig wie auf wirtschaftlichem Gebiete werde auch auf sozialem Gebiete eine Rückkehr zu den Verhältnissen vor dem Kriege möglich sein. Vor allen Dingen müsse man sich damit abfinden, daß in Zukunft der Arbeiter nicht nur Produktionsmittel sein wolle. Der Redner verbreitete sich dann ausführlich über den Rätegedanken. Da der dem Rätesystem zugrunde liegende Gedanke internationaler Natur sei, so würde seine Verwirklichung in der geplanten Form in Deutschland durchaus ertragen werden können. Auch auf die Valutafrage ging Genosse Müller ein. Er bezeichnete es als einen ganz ungeheuerlichen Zustand, daß es der ganzen Welt möglich sei, in Deutschland zu ganz unverhältnismäßigen Preisen einzukaufen und die deutschen Erzeugnisse in den eigenen Ländern um Hunderte von Prozenten billiger zu verkaufen, als es mit den dortigen Gegenständen möglich sei. Dr. Müller forderte die deutsche Industrie auf, diesen unhaltbaren Zuständen dadurch ein Ende zu machen, daß sie die Preise der deutschen Erzeugnisse entsprechend erhöhe und dadurch der deutschen Volkswirtschaft ungeheure Summen verdiene. Der Warenhunger sei ungeheuer und sowohl Neutrale wie auch unsere früheren Feinde bettelten um deutsche Ware geradezu.

Woher die Freundschaft?

Wir berichteten kürzlich von einer Eingabe der Handelskammer Köln, die diese im Auftrage von 23 deutschen Handelskammern verfaßt hat und in der sie die Legalisierung des Schiebertums durch den freien Handel fordert. Das gibt dem „Temps“ Anlaß zu merkwürdigen Betrachtungen. In einem Leitartikel schreibt er u. a., daß nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, wenn die geschäftlichen Transaktionen wieder frei würden, offenbar die Deutschen die Absicht hätten, den Preis der Waren zu erhöhen, weil behauptet werde, er entspreche nicht dem hohen Getreidepreis, den hohen Löhnen, dem Preis der Kohlen und schädige den Markkurs. Man scheine die Absicht zu haben, sagt „Temps“, durch diese Preiserhöhungen den Kredit Deutschlands wiederherzustellen, indem man eine allgemeine Lebensmittelverteuerung organisiere. Wenn man voraussetze, daß das Deutsche Reich gezwungen sei, um seinen Kurs zu verbessern, zu einem derartigen homöopathischen Mittel zu greifen, dann müsse man bemerken, daß die Rheinlande für sich genommen nicht unbedingt darin inbegriffen sein müßten. Das Rheinland sei sehr reich. Wenn man ihm Rohstoffe liefere, so könne es so viel ausführen, daß, wenn man die rheinische Mark abstempeln würde, der Kurs rasch höher stehen würde als der der anderen deutschen Banknoten. Das Rheinland hätte also gar kein Interesse, unter das wirtschaftliche Regime zu fallen, das das übrige Deutsche Reich annehmen werde, ein Regime, das doch die vollkommene Freiheit des Austausches nur unter der Bedingung wieder herbeiführen könne, wenn die Preise stark in die Höhe gingen. Die Rheinlande hätten also ein Recht, ein besonderes wirtschaftliches Regime zu verlangen, wenn der Friedensvertrag in Kraft getreten sei. Wie denken darüber, so schließt der „Temps“, die alliierten und assoziierten Regierungen?

Ueber die wirtschaftliche Naivität des „Temps“, der noch nicht weiß, daß bei uns nur die Freihändler die Preise verteuern, ist kein Wort zu verlieren. Anstatt die Gefahren, die das Loch im Westen für die Erfüllung der Friedensbedingungen der Entente selbst bringt, zu erkennen, liebäugelt er mit den organisierten Landesverrätern. Oder sollte die geistige Verwandtschaft der rheinischen Handelskammern noch andere Gründe haben, Gründe, von denen man nicht spricht? Anders ließe sich diese ans Groteske grenzende Verlogenheit des Tempskritikers, der bewußt verschweigt, daß das sozialistische Reichswirtschaftsministerium die Preise durch die Zwangswirtschaft niedrig hält, nicht erklären!

Gerichtstag.

Im Landestag spektakelt mit Pandurensitten
Alt-Preußens ahnenreiche Ritterschaft,
es heben mit Gewalt der Stimme Kraft
der Herr aus Pommern und der Mann von Smalugitten:

„Den vollen Weltpreis her für unsere Roggenstiegen,
was braucht das dumme Volk denn billig Brot?
Wir litten sicher nicht im Kriege Not
und wollen jetzt womöglich noch bequemer liegen.

Den Arbeitslohn jedoch für unsre trägen Knechte
bestimmen wir — kein schwarzgemeltztes Kalb
darf uns verloren gehen dieserhalb —
Verderben dem, der mindert unsre ewigen Rechte!“

Im Reichshaus aber fragt voll Zorn die Sturmgenossen
ein kecker Held: „Fiel das denn niemand ein,
Kanonen standen doch genug am Rhein,
wie kam's, daß sie nach Westen statt nach Osten schossen?

Zur rechten Stunde nur mit den Kartätschengrüßen
in jeden Haufen, dem Gehorsam schwand,
gerettet wären Majestät — es stand
das gottgesetzte Herrentum auf festen Füßen.“

— — — — — — — — — — — — — — — — —

Wie war es denn? Brach nicht vor einem Dutzend Monden
in ekler Schmach zusammen eure Macht?
Ward offenbar nicht alle Niedertracht,
muß nicht der Aermste noch für eure Sünden frohnden?

Ihr Herren, klüger wärs und dringlich anzuraten,
ihr kämt der Welt nicht gar so laut und dumm;
man ging wahrhaftig glimpflich mit euch um —
Geliebts? — Gerichtstag fände sich für eure Taten.

Schlaraff.

Der Exlibris-Wettbewerb. In dem Wettbewerb des Vereins für Exlibriskunst und Gebrauchsgraphik für eine einfarbige Exlibris-Radierung erhielten drei Höchstpreise (je 2000 M.): Hans Freese, Südende, Heinrich Seufferheld, Tübingen, Karl Michel, Berlin. Zweite Preise (je 1000 M.) fielen an Armin Reumann, München, Felix Meseck, Steglitz. Auch dritte und vierte Preise wurden verteilt und fielen u. a. an Heinrich Vogeler, Worpswede, Erich Büttner, Berlin, und Felix Meseck, Steglitz.

Die „Preußischen Jahrbücher“, deren Herausgeber seit 1883 Hans Delbrück war, sind an Dr. Walter Schotte übergegangen, der ihren Mitarbeiterstab verjüngen soll. Delbrück bleibt Mitarbeiter. Schotte, ein Schüler Jellinecks, Otto Hintzes und Wilhelm Dilthey's, gab bisher die Zeitschrift „Gerechtigkeit“ heraus, die nun in den Jahrbüchern aufgehen soll.

Der junge Goethe. Der Weimarer Schriftsteller Wilhelm Bode, dem wir bereits eine Anzahl ausgezeichnet in des Dichters Wesen einführend Bücher verdanken, hat eine vierbändige Goethe-Biographie begonnen, deren erster Band bereits demnächst unter dem Titel „Lehrjahre 1749—1771“ erscheint.

Eine Auswahl von Arno Holz' Werken läßt demnächst das Deutsche Verlagshaus erscheinen.

Gewerkschaftsbewegung

„Technische Nothilfe" und Streikrecht.

In einem längeren Artikel, der in sehr instruktiver sachlicher Darstellung das Material über die „Technische Nothilfe" zusammenträgt, beschäftigt sich das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften" mit der Stellung der Gewerkschaften zur Stillegung lebenswichtiger Betriebe und kommt zu folgenden Anschauungen:

„Angesichts solcher widersprechenden Kundgebungen gegen und für die Technische Nothilfe ist eine gründliche Klärung dieser Streitfrage vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus unumgänglich notwendig. Das Schwergewicht wird hierbei auf denjenigen Punkt zu legen sein, in dem die Schöpfer der Nothilfe und jede von Verantwortlichkeitsgefühl getragene Gewerkschaftsleitung übereinstimmen: auf die Sicherstellung der lebenswichtigen Betriebe und ihrer unentbehrlichsten Funktionen für die Gesamtbevölkerung. Wie auch der Kampf um Lohnforderungen und sonstige Arbeitsbedingungen entbrennt, die Betriebe selbst dürfen weder gestört noch gefährdet werden, und die Lebensinteressen der Gesamtbevölkerung dürfen nicht in bedrohlicher Weise unterbunden werden. Soweit es sich um ausschließlich politische Streiks handelt, gehen solche die Gewerkschaftsleitungen nichts an. Es ist Sache der beteiligten Parteien, solche Kämpfe auszutragen, und Sache der Regierung, solche Angriffe abzuwehren. Lassen sich einzelne Gewerkschaften in politische Streiks hineinziehen, z. B. durch Erhebung wirtschaftlicher Forderungen, so übernehmen sie zugleich die Verantwortung für die politischen Ziele und Wirkungen des Streiks und haben dafür zu sorgen, daß die lebenswichtigen Betriebe nicht gefährdet und die Lebensinteressen der Gesamtbevölkerung nicht unterbunden werden. Bei gewerkschaftlichen Streiks fällt ihnen diese Verpflichtung ohne weiteres zu. Ihre Erfüllung hat darin zu bestehen, daß die beteiligten Gewerkschaften selbst für den Schutz der in Frage kommenden Betriebe und deren Funktionen sorgen und eine gewerkschaftliche Nothilfe für diese Zwecke in den betroffenen Betrieben zurücklassen. Unter dieser Voraussetzung darf mit Recht verlangt werden, daß die Regierung jedes Eingreifen in den Streikzugunsten der betroffenen Betriebe unterläßt. Der Regierung bleibt es natürlich unbenommen, zu prüfen, ob die gewerkschaftliche Sicherung ausreichend ist. Wo die Gewerkschaften auf eine solche Sicherung lebensfähiger Betriebe verzichten, oder wo sich die Absicht ergibt, gerade durch die Gefährdung dieser Betriebe und durch Lahmlegung ihrer für die Gesamtbevölkerung lebenswichtigen Funktionen einen Druck auszuüben, da erscheint ein Eingreifen der öffentlichen Sicherheitsorgane als unabwendbar. Dieses Eingreifen bedarf aber einer strengen Regelung, durch welche jede Ueberschreitung des Zwecks, die Betriebssicherheit aufrechtzuerhalten, ausgeschlossen wird. In dieser Hinsicht kann man das offiziöse Zugeständnis akzeptieren, daß keine produktive, sondern nur Erhaltungsarbeit geleistet werden darf und daß das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter nicht angetastet werden soll. Es wird eine Aufgabe kollektiver Vertragsregelung sein, die Bedingungen des Eingreifens der Nothilfe zu regeln. Dann sollte aber auch darauf gesehen werden, daß das Personal der Nothilfe sich gewerkschaftlicher Einflußnahme nicht entzieht. Behandelt man diese Nothelfer als Streikbrecher und schließt man sie aus den Gewerkschaften aus, so ergiebt man sie schließlich zu Unternehmersöldlingen, die sich auch als Streikbrecher gebrauchen lassen.

In letzter Linie ist die Technische Nothilfe ein Teil des Streikproblems überhaupt, und zwar des Streiks in lebenswichtigen Erwerbszweigen, und es erweist sich je länger, um so mehr als notwendig, auf diesem Gebiete eine Klärung herbeizuführen. Daß wir diese Klärung nicht erblicken in einem Verzicht der Arbeiter und Angestellten auf jedes Koalitions- und Streikrecht, haben wir schon mehr als einmal mit aller Deutlichkeit erklärt und halten auch heute noch an dieser Auffassung fest. Wohl aber sind wir der Meinung, daß Lohnbewegungen und Streiks in diesen Zweigen und Betrieben unter ein verschärftes Streikreglement zu stellen sind und daß durch obligatorische Schlichtungsinstanzen erhöhte Sicherheit gegen unverantwortliche und übereilte Arbeitseinstellungen, vor allem gegen politische Streiks zu schaffen sind. Eine solche Schlichtungsorganisation und Sicherung ruhiger paritätischer Verhandlung ist die wirksamste soziale Nothilfe, die die technische Nothilfe in der Regel entbehrlich machen dürfte."

Diese Ausführungen, getragen von ernstem Verantwortlichkeitsgefühl für die gewerkschaftlichen Interessen, lassen dabei aber nicht vermissen die sozialen Pflichten, die die Gewerkschaften gegenüber der Allgemeinheit haben. Sie klingen wesentlich anders, als das stereotype Geschimpfe der „Freiheit", die in letzter Zeit den „Vorwärts" wegen seiner Stellungnahme zur Technischen Nothilfe Hauptorgan für Streikbrecher nennt.

Der Metallarbeiterstreik.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium vor dem Schlichtungsausschuß betreffs Eingruppierung der einzelnen Berufsgruppen in die vorgesehenen 5 Lohnklassen nehmen ihren Fortgang. Am Dienstag, den 28. d. Mts., kommen folgende Gruppen zur Verhandlung: Die Gruppe der Rohrleger vormittags 9½ Uhr, die Gruppe der Hochdruckmonteure 10 Uhr, die Gruppe der Glühlampenindustrie 10½ Uhr, die Gruppe der Wickler 11 Uhr und die Gruppe der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker, Aicher, Prüfer 11½ Uhr.

Am Donnerstag, den 30. Oktober, wird über die Gruppe der Werkzeugmacher vormittags um 9½ Uhr verhandelt.

Wir ersuchen die Verhandlungskommissionen, pünktlich zu erscheinen.

Die Obleute-Konferenz findet heute vormittag 9 Uhr in den Sophiensälen, großer Saal, statt.

Da unter den Streikenden über die aus den Sammelfonds zu zahlenden Zuschüsse Unklarheit besteht, geben wir erneut bekannt, daß die Streikenden, die die 4. Woche streiken, 5,— M. und die Streikenden der 5. Woche 10,— M. erhalten. Sollte der Sammelfonds durch die noch in Arbeit stehenden Kollegen, und besonders durch die Kollegen und Organisationen im Reich eine Kräftigung erfahren, werden wir die Möglichkeit haben, den Kollegen eine weitere Unterstützung zu zahlen.

Wir verweisen auf die in der heutigen Nummer veröffentlichte Mitteilung der Ortsverwaltung, wonach noch im Laufe dieser Woche die Verrechnung der durch den Verbandstag beschlossenen erhöhten Streikunterstützung vor sich geht. Durch diese Nachzahlung erhalten die Streikenden einmalig diese Woche ungefähr das Dreifache ihrer bisherigen Streikunterstützung.

Die Fünfzehner-Kommission.

Achtung! Metallarbeiter!

Durch die vom Verbandstag in Stuttgart beschlossene Abänderung des Statuts treten mit rückwirkender Kraft vom 18. Oktober 1919 folgende Unterstützungssätze für Streikende und Gemaßregelte in Kraft:

I. Klasse.

	Unverheiratet Hauptkasse	Unverheiratet Lokalkasse	Verheiratet Hauptkasse	Verheiratet Lokalkasse	
	M.	M.	M.	M.	
über 6 Wochen	—	10,—	—	10,—	
„ 13 „	18,—	—	18,—	—	
„ 26 „	30,—	5,—	36,—	3,—	für jedes Kind pro Woche 3 M.
„ 104 „	30,—	6,—	36,—	4,—	
„ 156 „	30,—	7,—	36,—	5,—	
„ 208 „	30,—	8,—	36,—	6,—	

II. Klasse (ist mit Klasse III vereinigt).

	Unverheiratet Hauptk.	Unverheiratet Lokalk.	Verheiratet Hauptk.	Verheiratet Lokalk.
	M.	M.	M.	M.
über 6 Wochen	—	7,— für Mitgl. d. bish. II. Kl. 5,50 für Mitgl. d. bish. III. Kl.	—	7,— für Mitgl. d. bish. II. Kl. 5,50 für Mitgl. d. bish. III. Kl.
„ 13 „	15,—	—	15,—	—
„ 26 „	18,—	8,50	18,—	8,50 für Kind 3,— M. p. Woche.

Männliche Mitglieder der bisherigen II. Klasse erhalten für die Frau 6,— M. zu den vorstehenden Sätzen.

III. Klasse
über 26 Wochen 12,— M. aus der Hauptkasse.

Freiwillige Solidarität.

In der Montag-Abendausgabe druckt die „Freiheit" mit innigem Behagen eine Zuschrift des unabhängigen Betriebsrates der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin ab. Die Zuschrift hatten wir zunächst zum Abdruck erhalten. Sie sollte eine Antwort auf die von uns gerügte Art sein, wie der Betriebsrat der A. O. K. mit unzulässigen Mitteln versucht, den schweren Kampf der Metallarbeiter finanziell zu unterstützen. Wir haben die Zuschrift abgelehnt, weil uns unser Blatt zu schade dünkt, unsere Partei darin von unabhängiger Seite anflegeln zu lassen. Solche Stilübungen gehören in die „Freiheit", und sie nimmt sie, das sei für die Zukunft für ähnliche Fälle gesagt, jederzeit mit Kußhand auf. Es kommt dabei weniger auf die Richtigkeit, als auf den Ton an. Je klobiger, um so lieber. Für das erstere aus der Zuschrift nur ein Beweis. Es wird darin behauptet:

> Der in der Abendausgabe Nr. 589 des „Vorwärts" unter „Gewerkschaftliches" kritisierte Beschluß des Betriebsrates der Allgemeinen Ortskrankenkasse bezüglich der Unterstützung des Streiks der Berliner Metallarbeiter ist einstimmig bei einer Enthaltung gefaßt worden und stützt sich auf den vom Verband der Angestellten und der Berliner Gewerkschaftskommission veröffentlichten Beschluß, wonach sämtliche Mitglieder pro Woche 1 M., 2 M. bzw. 5 M. zu zahlen haben.

Vielleicht teilt uns die „Freiheit" gelegentlich mit, wo und wann die Gewerkschaftskommission den Beschluß gefaßt hat, wonach sämtliche Mitglieder pro Woche 1, 2 resp. 5 M. zu zahlen haben. In den uns zugegangenen und von uns veröffentlichten Beschlüssen über die Streiksammlung können wir weder von der Gewerkschaftskommission noch vom Verband der Angestellten einen solchen Beschluß finden.

Damit soll natürlich nicht gesagt werden, daß der Kampf der Metallarbeiter keine finanzielle Unterstützung verdient. Pflicht eines jeden klassenbewußten Arbeiters ist es, in freiwilliger Selbsteinschätzung nach besten Kräften den Streik finanziell zu unterstützen.

Die Lohnbewegungen der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

In der am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter berichteten Hodapp und Schmitz über die letzten Lohnbewegungen. Für die Mühlenarbeiter ist ein Schiedsspruch gefällt worden, den die Arbeiter angenommen, die Unternehmer aber abgelehnt hatten. Die Arbeiter beantragten dann beim Demobilmachungskommissar, daß der Schiedsspruch als verbindlich erklärt werde. Darauf haben dann am 22. Oktober die Unternehmer den Schiedsspruch anerkannt. — Für die „Berliner Hefeverwertung" und für die Spritindustrie sind zum erstenmal Tarifverträge abgeschlossen, die sich im allgemeinen mit dem Tarif der Brauereiarbeiter decken. — Die Brauereiarbeiter stellten die Forderung auf Erhöhung der Teuerungszulage bzw. Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe. Die Unternehmer antworteten darauf, sie könnten weder Lohnerhöhung noch Wirtschaftsbeihilfe bewilligen, wenn ihnen nicht eine Bierpreiserhöhung zugestanden werde. Es kamen aber doch Verhandlungen zustande, die das Ergebnis hatten, daß die Unternehmer eine an alle seit dem 9. Oktober Beschäftigten zu zahlende einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 150 M. an Männer, 75 M. an Frauen, 50 M. an „Bize" bewilligten. Wegen der übrigen Forderungen erklärten sich die Unternehmer bereit zu verhandeln, nachdem ihre Anträge betreffend Erhöhung des Bierpreises und stärkeres Einbrauen entsprechend berücksichtigt worden seien.

Mit Rücksicht auf die Verordnung, wonach Arbeiter erst entlassen werden dürfen, wenn die Einschränkung des Betriebes eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 24 Stunden notwendig macht, sind die Brauereien geneigt, Arbeitern, die schon jetzt freiwillig austreten, eine Abfindungssumme zu zahlen. In einzelnen derartigen Fällen sind bereits Abfindungssummen von 800 bzw. 1500 M. gezahlt worden. Für den Fall, daß der freiwillige Austritt gegen Abfindung verallgemeinert werden sollte, fordert der Verband eine Abfindungssumme von 1500 M. für den festangestellten und 500 M. für den Saisonarbeiter. — Die Tarifbestimmung, die den Arbeitgebern das Recht gibt, einen gewissen Teil der Beschäftigten ohne den Arbeitsnachweis einzustellen, ist unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr haltbar. Auf Antrag des Verbandes haben sich die Unternehmer bereit erklärt, ihrem Verein die Aufhebung dieser Bestimmung zu empfehlen.

Die Mitgliederzahl der Berliner Verwaltung des Verbandes beläuft sich auf 4800, sie hat den Stand des letzten Quartals vor dem Kriege noch nicht ganz wieder erreicht.

Nachdem die Versammlung im Anschluß an den Bericht drei Stunden über allgemeine politische und wirtschaftliche Fragen diskutiert und schließlich noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt hatte, brachte Bolsch eine Protestresolution gegen die Technische Nothilfe ein. Schulbt sprach dagegen, daß in dem Augenblick, wo die bereits gelichtete Versammlung auseinandergeht, über eine so weittragende Resolution, gegen die sich doch auch Gründe anführen lassen, abgestimmt wird. — Die Angelegenheit wurde darauf bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Die Lohnbewegung in den Spritfabriken.

Zur Beilegung der Streitigkeiten fand im Beisein der Lohnkommission des Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verbandes und der Spritfabrikanten vor dem Demobilmachungskommissar eine Sitzung statt. Folgender Vergleich kam zustande: Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlins vom 15. September wird anerkannt. § 10 des Tarifvertrages erhält folgende Fassung:

> Dieser Tarifvertrag hat hinsichtlich der Lohnhöhe und der Bezahlung der Ueberstunden rückwirkende Kraft ab 16. Juni 1919. Eine Kündigung kann von beiden Seiten mit einmonatlicher Frist zum Schluß eines jeden Kalendermonats erstmalig zum 31. März 1920 durch Einschreibebrief erfolgen. Erfolgt keine Kündigung, so läuft der Vertrag stets um einen Monat weiter. Sollte vor dem 31. März 1920 eine außergewöhnliche Veränderung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage eintreten, so sind beide Parteien zu neuen Verhandlungen über die Lohnsätze bereit, jedoch nicht mit Geltung vor dem 1. Februar 1920.

Die Löhne betragen demnach für alle Gelernte einschließlich Apparateführer wöchentlich 115,— M. und Ungelernte 110,— M. Durch Abschluß dieser Vereinbarung erhalten die in den Spritfabriken beschäftigten Arbeiter eine durchschnittliche Lohnaufbesserung von 30—35 M.

Zentralverband der Angestellten. Bezirk Groß-Berlin, Fachgruppe 13 (Chemische Industrie und Chemischer Großhandel). Donnerstag, den 30. Oktober 1919, abends 7½ Uhr, in den Musikersälen (großer Saal), Kaiser-Wilhelm-Str. 31: Mitgliederversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Transportarbeiter-Verband. Chemischer und Pharmazeutischer Großhandel. Dienstag, den 28. Oktober, abends 7 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72: Branchenversammlung. Stellungnahme zur Tarifkündigung.

Dynamowerk Siemens-Schuckert. Dienstag, den 28., von 11 Uhr ab, Auszahlung der 10 M. Extraunterstützung im Streiklokal.

Bildungsveranstaltungen.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin.

Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, Kleines Schauspielhaus, Zosenstr. 1, Ecke Hardenbergstraße: **Liebelei.** Schauspiel in 3 Akten von Arthur Schnitzler. Karten a 1,65 M. inkl. Garderobe in sämtlichen „Vorwärts"-Speditionen, Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 3, und bei Horsch, Engelufer 15.

Verantw. für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Wir bitten Sie in
Ihrem eigenen Interesse
von Ihrem Buchhändler zu verlangen
Der Widerspenstigen Zähmung.
von Karl Ettlinger
Kartoniert M. 4.— inkl. 10% Buchhändler-Aufschlag
Georg Müller Verlag München